

# **GRENZEN DER EIGENTUMSFRAGE**

**EINE EINFÜHRUNG DURCH  
ALEXANDER RECHT, A.RECHT@GMX.DE**

# EINFÜHRUNG: SOZIALES UND ÖKOLOGISCHES IM KONFLIKT

- Stellen wir uns eine Debatte in der Linken vor, die sich um die **Probleme der Vereinbarkeit von sozialer und ökologischer Frage** bei Bestandswohnungen dreht.
- **Maßnahmen zur Zurückdrängung des Klimawandels** führen zu reinen Modernisierungskosten, die bei frei finanzierten Wohnungen mietrechtlich erlaubt (§§ 559, 555b BGB)
  - im Falle nachhaltig eingesparter Endenergie zu 8% p.a. auf die Jahresmiete umgelegt werden und die monatliche **Miete** bis zu 3 Euro je Quadratmeter Wohnfläche **erhöhen** dürfen;
  - immer, egal ob nachhaltig eingesparte Endenergie oder nur eingesparte Primärenergie, im Rahmen der ortsüblichen Vergleichsmiete und der Kappungsgrenze durch höhere Eigenkapitalkosten, höhere Fremdkapitalkosten, höhere Abschreibungen und ein erhöhtes Mietausfallwagnis die **Miete erhöhen**.

# EINFÜHRUNG: SOZIALES UND ÖKOLOGISCHES IM KONFLIKT

- Der Widerspruch:
  - Die Einsparung von End- und Primärenergie sowie Wasser ist **ökologisch gut**.
  - Mieterhöhungen sind aber **sozialpolitisch problematisch**.
- Was tun? Viele Linke, auch ich, schlagen nun vor, den Konflikt zwischen sozialer und ökologischer Frage bei bislang freifinanzierten Wohnungen durch **Einsetzung der öffentlichen Hand als Eigentümer von Wohnungen** aufzulösen, so dass
  - die klimapolitisch sinnvollen **Modernisierungen durchgeführt** werden und
  - zugleich die **Mieterhöhungen vermieden** werden.
- Doch lässt sich dadurch bzw. dadurch alleine bzw. am besten dadurch der Konflikt **auflösen**?

# DER STAAT ALS EIGENTÜMER: DIE GANZE LÖSUNG?

- Das öffentliche Eigentum wird also von links als wichtiges Instrument zur Aufhebung des stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse angesehen.
- Denn ist es nicht wahr? „(D)er stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter“ (Marx, Karl: K I, in: MEW 23, S. 765) und analog auch die Herrschaft der Vermieter über die Mieter usw., oder etwa nicht?
- Ist nicht das **private Eigentum an Produktionsmitteln (PM) der archimedische Punkt der ökonomischen Verhältnisse?**
- Und hat nicht Marx die **Aufhebung des Privateigentums als zentral** angesehen – sowohl als politische Forderung wie auch als historische Tendenz?

# DER STAAT ALS EIGENTÜMER: DIE GANZE LÖSUNG?

- „Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das **individuelle Eigentum auf Grundlage** der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und **des Gemeinbesitzes** der Erde und **der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.**“ (Marx, Karl: K I, in: MEW 23, S. 791)
- Ist Sozialismus also nicht **vor allem** eine neue Ära des „**Gemeinbesitzes** der Erde und **der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel**“?

# EIN DKP-ZITAT ALS KRASSES BSP. EINER TRADITIONSAUFFASSUNG

„Der Sozialismus bedeutet eine neue und zugleich höhere Stufe der Demokratie. All dieses kann jedoch nur geschaffen und erhalten werden, wenn **den Kapitalisten die entscheidenden Produktionsmittel genommen werden** und **damit** die Möglichkeit beseitigt wird, **die Gesellschaft der Profitlogik zu unterwerfen.**“ (DKP-Parteiprogramm von 2006)

- Das **Privateigentum an Produktionsmitteln** sei die **Hauptursache** dafür, dass die Gesellschaft der **Profitlogik unterworfen** sei.
- Es müsse daher vor allem das **Privateigentum an Produktionsmitteln zurückgedrängt** werden, **um** die **Profitlogik aufzuheben.**

# EINE SOZIALISTISCHE GEGENTHESE ZUR TRADITIONSAUFFASSUNG

- Zum einen ist das Privateigentum an Produktionsmitteln **keine Hauptursache** dafür, dass die Gesellschaft der Profitlogik unterworfen ist, sondern nur **eine Ursache**.
- Es muss daher **nicht vor allem und nicht nur das Privateigentum an PM zurückgedrängt werden**, um die Profitlogik aufzuheben. Die **Regulation des Gesamtsystems ist wichtiger**.
- Die aktuellen ökonomischen Verhältnisse gehen deutlich **über privates Eigentum an PM hinaus** und umfassen **Profitlogik** und **Gesamtreproduktion des Kapitals**. Eine andere Gesellschaft braucht daher eine **andere Logik, Regulation und Reproduktion**.
- „das **individuelle** Eigentum auf Grundlage (...) der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel“ ist daher auch **mehr als öffentliches Eigentum an PM**.

# BEGRIFFSKLÄRUNG: WAS SAGT DAS BGB?

§ 903 BGB: Befugnisse des **Eigentümers**

Der Eigentümer einer Sache kann, **soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen**. Der Eigentümer eines Tieres hat bei der Ausübung seiner Befugnisse die besonderen Vorschriften zum Schutz der Tiere zu beachten.

Rechtliche  
Herrschaft

§ 854 BGB: Erwerb des **Besitzes**

(1) Der Besitz einer Sache wird durch die Erlangung der **tatsächlichen Gewalt** über die Sache erworben.

(2) Die Einigung des bisherigen Besitzers und des Erwerbers genügt zum Erwerb, wenn der Erwerber in der Lage ist, die Gewalt über die Sache auszuüben.

Tatsächliche  
Herrschaft



# BEGRIFFSKLÄRUNG: WAS SAGT DAS BGB?

- Es geht also bei der Eigentumsfrage nicht nur um Besitz, also tatsächliche Herrschaft bzw. tatsächliche Gewalt. Denn der Mieter oder der DVD-Ausleiher ist der Besitzer der Sache.
- Vielmehr geht es bei der Eigentumsfrage um die rechtliche Herrschaft, die zwar tatsächliche Herrschaft einschließen kann, aber darüber hinaus geht. Der Eigentümer einer Sache kann:
  - kann mit der Sache oder dem Recht **nach Belieben verfahren**,
  - kann **andere** von jeder Einwirkung **ausschließen**,
  - hat einen **Herausgabeanspruch** gegen den unrechtmäßigen Besitzer,
  - hat einen **Anspruch auf Unterlassung** bestimmter rechtswidriger Handlungen eines Störers,
  - kann sein **Eigentum veräußern** und als Kreditsicherheit verwenden, d.h. **beleihen**.

# BEGRIFFSKLÄRUNG: WAS SAGT DAS BGB?

- **Eigentum** ist also etwas **anderes** und mehr als **Besitz** – eine Differenz, die Marx und Marxisten nicht immer sauber beachtet haben.
- Auch wenn Eigentum umfassende Nutzung und Verfügung (Übertragung, Belastung, Aufhebung und inhaltliche Änderung eines Rechts) impliziert, gilt es zweierlei zu beachten:
  - **Gesetze** oder Rechte Dritter können dem **Eigentum entgegenstehen**, etwa das GG: „Inhalt und Schranken“ des Eigentums „werden durch die Gesetze bestimmt.“ Und: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Bzw.: „Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz (...) in Gemeineigentum überführt werden.“
  - Dass die **Rechte Dritter** von Bedeutung sind, zeigt die Bedeutung der **Gesamtreproduktion**: Es geht um **alle Lieferanten, alle Kunden, alle Bürger, alle Banken, um den Staat, um Allokation + Distribution.**

# BEGRIFFSKLÄRUNG: WAS IST EIGENTUM AN PM?

Aktiva	Bilanz		Passiva
<u>AV</u>		<u>EK</u>	
Grundstücke	1.800	Gez. Kapital	4.000
TAM	1.200	Kapitalrücklagen	1.000
BGA	2.000	Gewinnrücklagen/-vortrag	1.500
Anteile	100	Jahresüberschuss	500
<u>UV</u>		<u>FK</u>	
Vorräte	1.300	Darlehen	900
Ford. aLL usw.	1.000	Verbindl. aLL usw.	1.100
Liquide Mittel	1.600		
	9.000		9.000

# BEGRIFFSKLÄRUNG: WAS IST EIGENTUM AN PM?

Aktiva	Bilanz		Passiva
<u>AV</u>		<u>EK</u>	
Grundstücke	1.800	Gez. Kapital	4.000
TAM	1.200	Kapitalrücklagen	1.000
BGA	2.000	Gewinnrücklagen/-vortrag	1.500
Anteile	100	Jahresüberschuss	500
<u>UV</u>		<u>FK</u>	
Vorräte	1.300	Darlehen	900
Ford. aLL usw.	1.000	Verbindl. aLL usw.	1.100
Liquide Mittel	1.600		
	9.000		9.000

Welchen Wert hat das Vermögen, das dem Unternehmen gehört?

Das **Unternehmensvermögen** ist 9.000 GE.

Welchen Wert hat der Teil des Unternehmensvermögens, der den Eigentümern gehört?

Das **Eigenkapital** ist 7.000 GE =  
9.000 GE – 2.000 GE.

# BILANZ DES GAG-KONZERNS 21/22

Für Bilanz und GuV des GAG-Konzerns siehe [hier!](#)

## Bilanz zum 31. Dezember 2022

### Aktiva

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 TEUR
<b>Anlagevermögen</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Lizenzen	697.609,00	826
<b>Sachanlagen</b>		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	2.838.107.644,71	2.774.149
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	155.375.641,68	159.877
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	4.428.198,61	8.768
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	63.572,44	64
Technische Anlagen und Maschinen	16.540.295,61	15.425
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.632.637,00	4.535
Anlagen im Bau	238.093.924,95	171.839
Bauvorbereitungskosten	15.294.656,01	21.527
Geleistete Anzahlungen	2.110.000,00	0
	<b>3.273.646.571,01</b>	<b>3.156.184</b>
<b>Finanzanlagen</b>		
At Equity bilanzierte Finanzanlagen	652.431,96	708
Wertpapiere des Anlagevermögens	29.082,30	29
Sonstige Ausleihungen	71.426,88	86
	<b>752.941,14</b>	<b>823</b>
	<b>3.275.097.121,15</b>	<b>3.157.833</b>
<b>Umlaufvermögen</b>		
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	1.070
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	0,00	4.659
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	108.000,00	108
Unfertige Leistungen	105.443.518,25	94.549
Andere Vorräte	1.424.685,35	1.225
	<b>106.976.203,60</b>	<b>101.611</b>
<b>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
Forderungen aus Vermietung	1.883.158,29	1.349
Forderungen aus Grundstücksverkäufen	522.583,01	4
Forderungen aus Betreuungstätigkeit	6.639,63	5
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	2.399.242,47	1.379
Sonstige Vermögensgegenstände	3.943.974,24	3.772
	<b>8.755.597,64</b>	<b>6.508</b>
<b>Wertpapiere</b>		
Sonstige Wertpapiere	117.304,43	117
<b>Flüssige Mittel</b>		
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	12.645.350,89	2.482
	<b>128.494.456,56</b>	<b>110.718</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2.026.609,18</b>	<b>1.580</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.405.618.186,89</b>	<b>3.270.131</b>
<b>Treuhandvermögen</b>	<b>35.308.030,51</b>	<b>34.686</b>

### Passiva

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 TEUR
<b>Eigenkapital</b>		
Ausgegebenes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	16.441.643,00	16.454
./. Eigene Anteile	-295.255,00	-293
	<b>16.146.388,00</b>	<b>16.161</b>
<b>Kapitalrücklage</b>	<b>154.307.038,72</b>	<b>154.295</b>
<b>Gewinnrücklagen</b>		
Gesetzliche Rücklage	920.325,39	920
Bauerneuerungsrücklage	22.864.972,93	22.865
Andere Gewinnrücklagen	563.101.912,89	543.613
	<b>586.887.211,21</b>	<b>567.399</b>
<b>Konzernbilanzgewinn</b>	<b>10.439.381,87</b>	<b>20.093</b>
<b>Nicht beherrschende Anteile am Eigenkapital</b>	<b>81.908.973,05</b>	<b>81.499</b>
	<b>849.688.992,85</b>	<b>839.446</b>
<b>Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung</b>	<b>38.461.044,69</b>	<b>39.460</b>
<b>Rückstellungen</b>		
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	45.366.971,00	45.981
Steuerrückstellungen	24.033.478,00	3.321
Rückstellungen für Bauinstandhaltung	2.730.646,80	2.731
Sonstige Rückstellungen	27.236.697,28	15.346
	<b>99.367.793,08</b>	<b>67.378</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.633.517.721,72	1.672.967
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	571.718.288,37	461.800
Erhaltene Anzahlungen	104.923.782,79	100.499
Verbindlichkeiten aus Vermietung	2.849.161,70	3.206
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.122.889,96	28.031
Sonstige Verbindlichkeiten	6.140.734,10	3.128
davon aus Steuern EUR 248.024,00 (Vorjahr: TEUR 283)		
	<b>2.350.272.578,64</b>	<b>2.269.630</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>67.827.777,63</b>	<b>54.217</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.405.618.186,89</b>	<b>3.270.131</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>35.308.030,51</b>	<b>34.686</b>

# BILANZ DER KVB AG 21/22

Für Bilanz und GuV der KVBAG siehe [hier!](#)

Aktiva	Anhangziffer	31.12.2022 €	31.12.2021 €
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände		8.105.967	8.650.674
Sachanlagen		885.068.459	851.771.031
Finanzanlagen		5.568.837	5.885.499
		898.743.263	866.307.204
<b>Umlaufvermögen</b>			
Vorräte	2	31.036.820	30.201.000
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	82.754.484	108.082.687
Flüssige Mittel	4	1.180.596	1.836.999
		114.971.900	140.120.686
Rechnungsabgrenzungsposten	5	1.917.064	2.586.560
		1.015.632.227	1.009.014.450

Passiva	Anhangziffer	31.12.2022 €	31.12.2021 €
<b>Eigenkapital</b>			
Gezeichnetes Kapital	6	78.300.000	78.300.000
Kapitalrücklage	7	325.991.405	305.988.367
Andere Gewinnrücklagen		163.052	163.052
		404.454.457	384.451.419
Sonderposten für noch nicht verrechnete Investitionszuschüsse	8	45.607.710	59.424.196
Rückstellungen	9	182.091.076	150.106.577
Verbindlichkeiten	10	382.718.691	413.600.035
Rechnungsabgrenzungsposten	11	760.293	1.432.223
		1.015.632.227	1.009.014.450

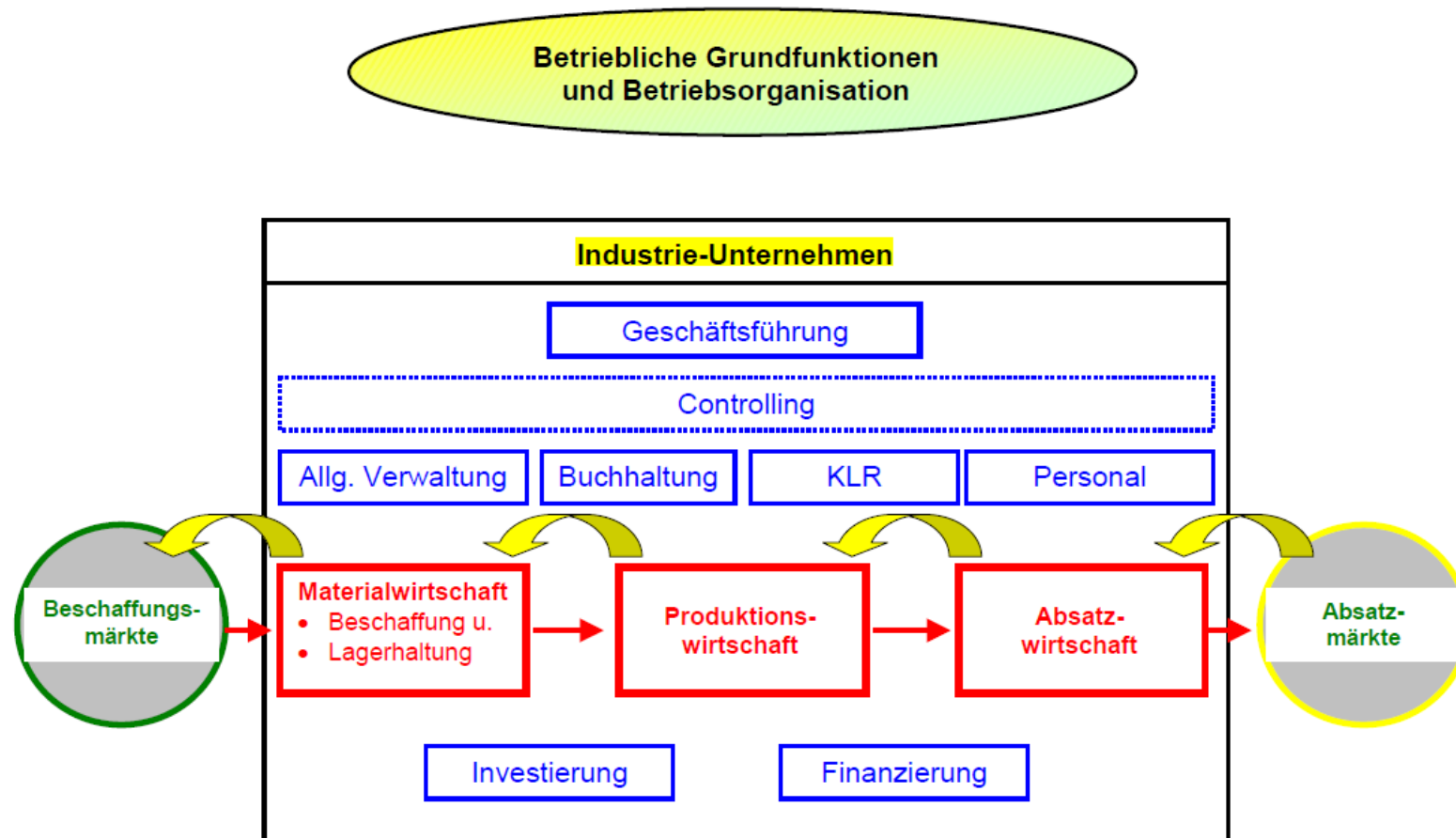
# BILANZ DER DW SE 21/22

Für Bilanz und GuV der DW SE siehe [hier!](#)

Aktiva			
in Mio. €	Erläuterungen	31.12.2021	31.12.2022
Immaterielle Vermögenswerte	D24	180,8	164,8
Sachanlagen	D25	202,4	219,6
Investment Properties	D26	28.730,5	27.301,9
Finanzielle Vermögenswerte	D27	324,2	811,4
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	D28	373,3	208,0
Sonstige Vermögenswerte	D29	1,2	214,9
Latente Steueransprüche	D30	0,1	0,2
<b>Langfristige Vermögenswerte</b>		<b>29.812,5</b>	<b>28.920,8</b>
Vorräte	D31	5,4	62,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	D32	113,0	30,0
Finanzielle Vermögenswerte	D27	565,0	1.019,0
Sonstige Vermögenswerte	D29	102,0	198,4
Laufende Ertragsteueransprüche	D30	127,3	187,1
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	D33	676,7	184,3
Immobilienvorräte	D34	197,0	926,0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	D35	1.633,3	2,4
<b>Kurzfristige Vermögenswerte</b>		<b>3.419,7</b>	<b>2.610,0</b>
<b>Summe Aktiva</b>		<b>33.232,2</b>	<b>31.530,8</b>

Passiva			
in Mio. €	Erläuterungen	31.12.2021	31.12.2022
Gezeichnetes Kapital		396,9	396,9
Kapitalrücklage		4.433,4	4.174,7
Gewinnrücklagen		11.907,6	11.715,6
Sonstige Rücklagen		-10,6	12,4
<b>Eigenkapital der Anteilseigner von Deutsche Wohnen</b>		<b>16.727,3</b>	<b>16.299,6</b>
Nicht beherrschende Anteile		476,1	475,5
<b>Eigenkapital</b>	E36	<b>17.203,4</b>	<b>16.775,1</b>
Rückstellungen	E37	149,0	104,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	E38	19,4	19,4
Originäre finanzielle Verbindlichkeiten	E39	9.361,5	8.474,2
Derivate		23,8	-
Verbindlichkeiten aus Leasing	E40	118,8	114,1
Verbindlichkeiten gegenüber nicht beherrschenden Anteilseignern	E41	199,0	196,3
Latente Steuerschulden		5.156,6	4.906,4
<b>Langfristige Schulden</b>		<b>15.028,1</b>	<b>13.815,0</b>
Rückstellungen	E37	176,9	220,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	E38	314,1	147,7
Originäre finanzielle Verbindlichkeiten	E39	310,3	501,7
Derivate		0,3	0,1
Verbindlichkeiten aus Leasing	E40	20,8	14,5
Sonstige Verbindlichkeiten	E42	99,8	56,6
Schulden im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten		78,5	-
<b>Kurzfristige Schulden</b>		<b>1.000,7</b>	<b>940,7</b>
<b>Schulden</b>		<b>16.028,8</b>	<b>14.755,7</b>
<b>Summe Passiva</b>		<b>33.232,2</b>	<b>31.530,8</b>

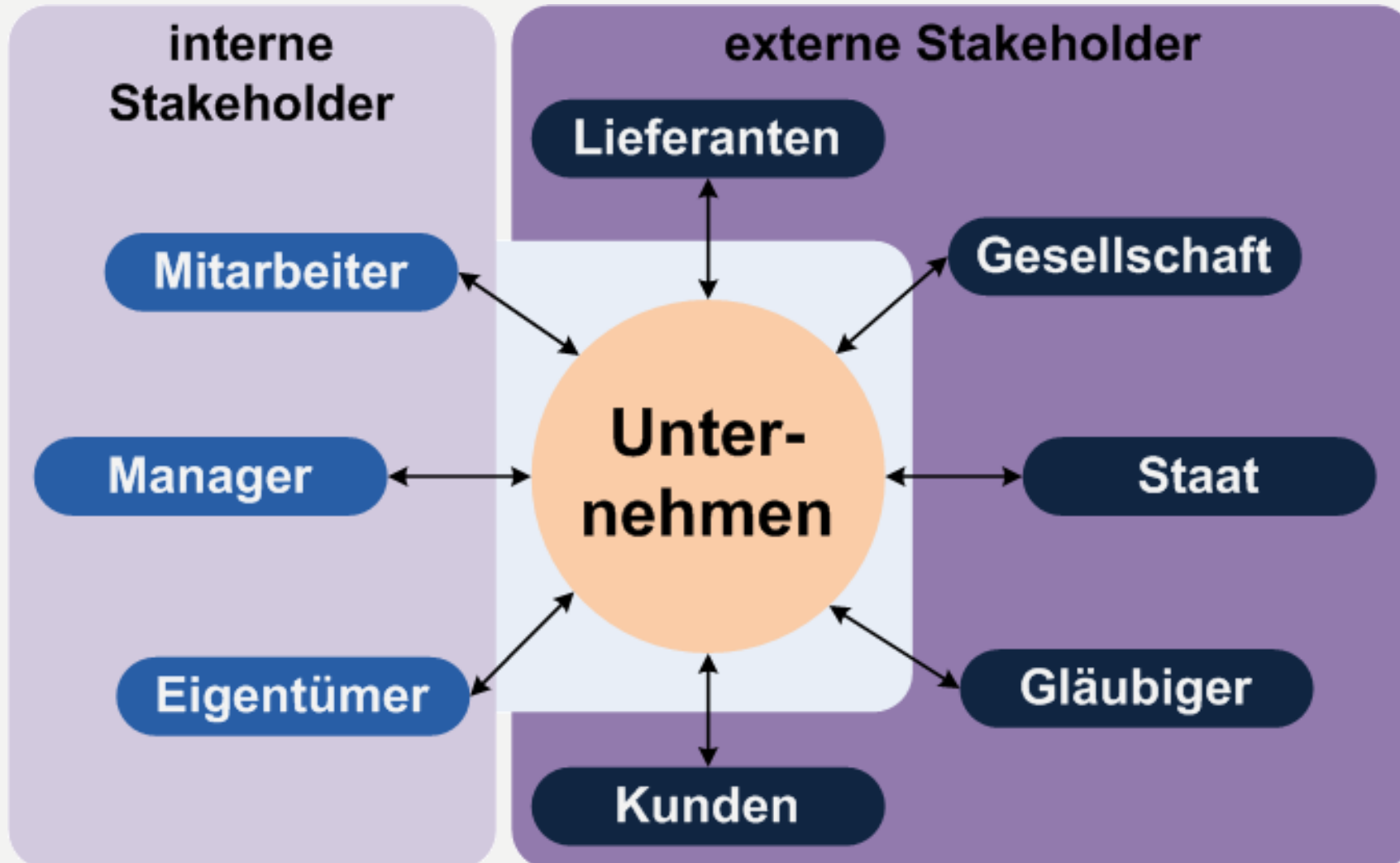
# BETRIEBLICHE GRUNDFUNKTIONEN



aus: Böing, Norbert:  
[unterrichtsdatenbank.de](http://unterrichtsdatenbank.de)

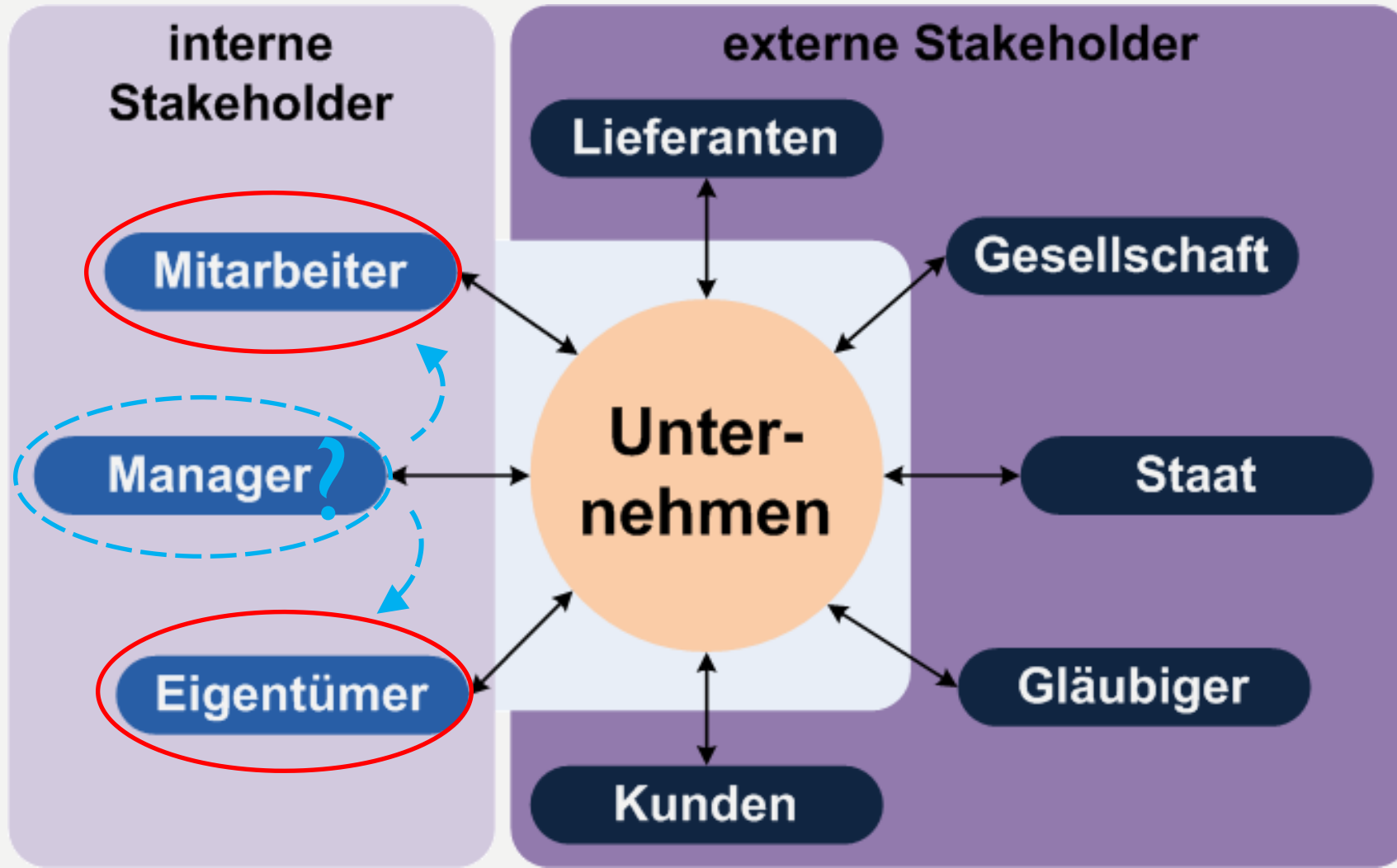


# STAKEHOLDER IM UNTERNEHMEN

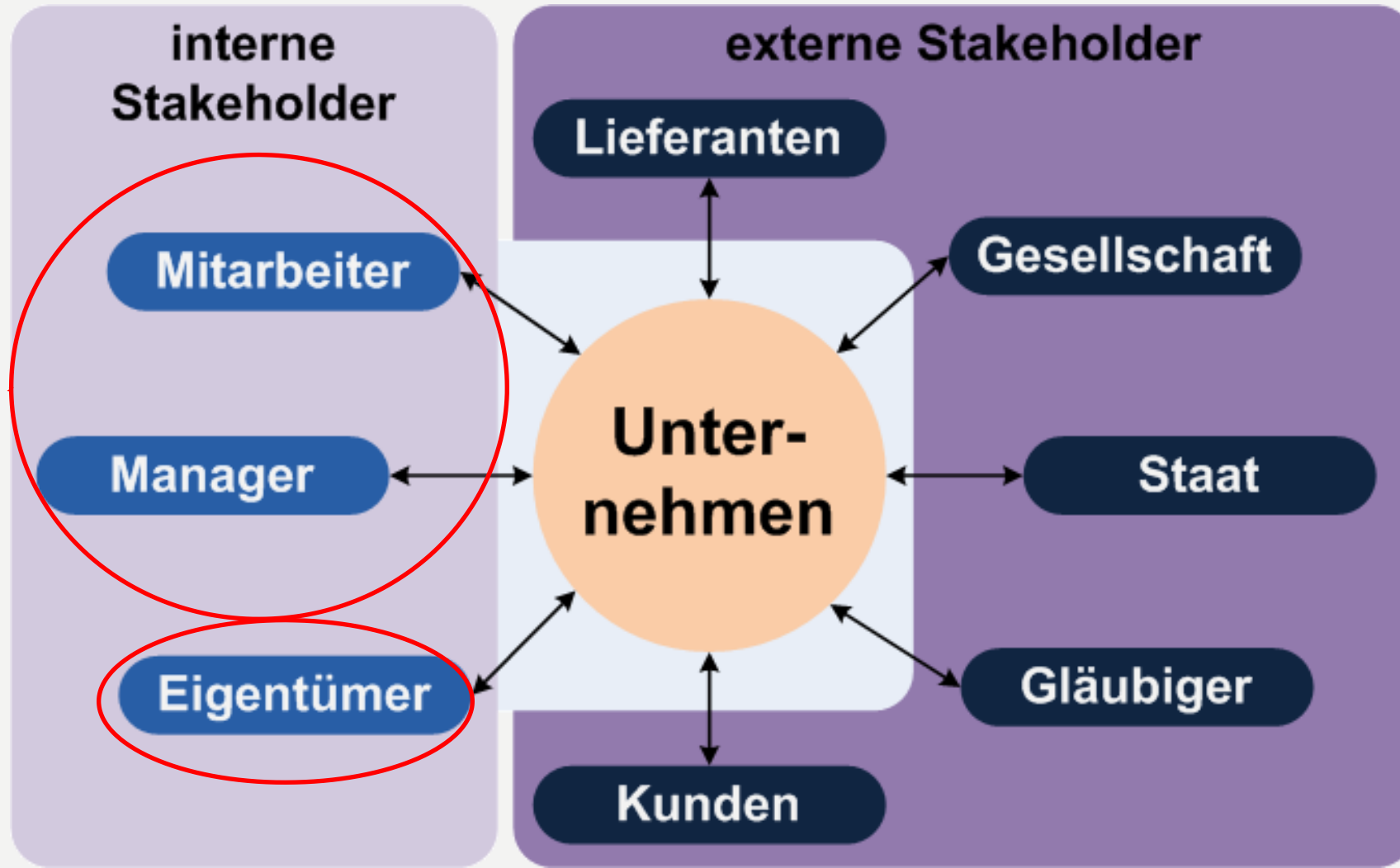


aus: [Wikipedia](#)

# WELCHES GEWICHT IM UNTERNEHMEN HABEN INTERNE KLASSENRELATIONEN?



# WELCHES GEWICHT IM UNTERNEHMEN HABEN INTERNE KLASSENRELATIONEN?



# DIE GUV: DAS BEISPIEL DER DW SE 21

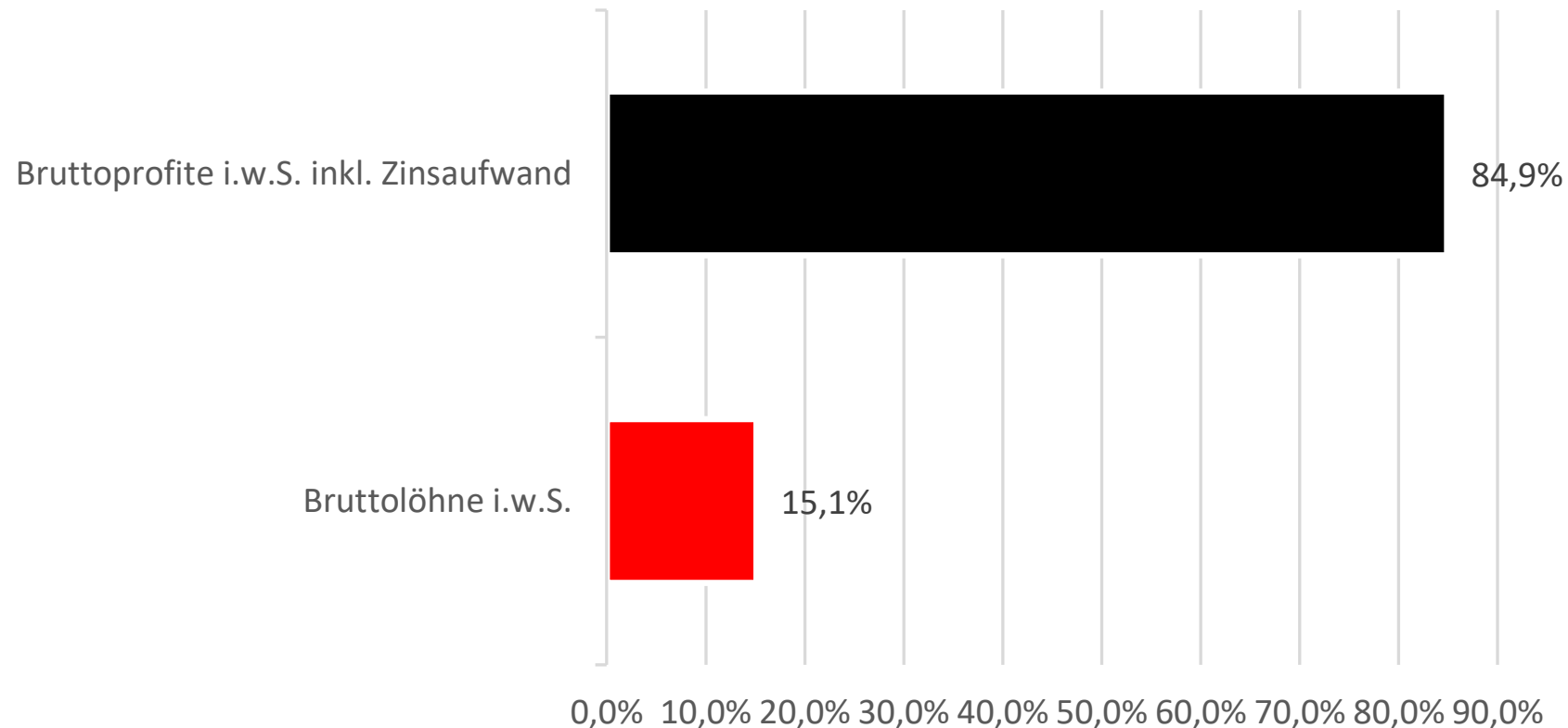
in Mio. €	Erläuterungen	2021	2022
Umsatzerlöse aus der Vermietung		1.203,6	1.212,3
Andere Umsatzerlöse aus der Immobilienbewirtschaftung		298,4	313,3
<b>Umsatzerlöse aus der Immobilienbewirtschaftung</b>	<b>B8</b>	<b>1.502,0</b>	<b>1.525,6</b>
Erlöse aus der Veräußerung von Immobilien		754,1	1.743,2
Buchwert der veräußerten Immobilien		-754,1	-1.738,2
Wertveränderungen aus der Veräußerung von Immobilien		127,5	-1,5
<b>Ergebnis aus der Veräußerung von Immobilien</b>	<b>B9</b>	<b>127,5</b>	<b>3,5</b>
Umsatzerlöse aus der Veräußerung von Immobilienvorräten		42,2	41,3
Herstellkosten der verkauften Immobilienvorräte		-33,2	-30,8
<b>Ergebnis aus der Veräußerung von Immobilienvorräten</b>	<b>B10</b>	<b>9,0</b>	<b>10,5</b>
Ergebnis aus der Bewertung von Investment Properties	B11	1.734,8	-917,5
Aktivierete Eigenleistungen	B12	5,0	6,5
Materialaufwand	B13	-552,0	-636,2
Personalaufwand	B14	-259,6	-248,2
Abschreibungen und Wertminderungen*		-213,9	-146,8
Sonstige betriebliche Erträge	B15	79,8	72,4
Wertminderungsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten		-7,5	-24,7
Ergebnis aus der Ausbuchung von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten		1,1	0,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	B16	-143,2	-121,0
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen		-3,3	-167,2
Zinserträge	B17	35,5	77,1
Zinsaufwendungen	B18	-143,3	-73,9
Sonstiges Finanzergebnis	B19	-395,5	4,0
<b>Ergebnis vor Steuern</b>		<b>1.776,4</b>	<b>-635,7</b>
Ertragsteuern	B20	-857,4	190,0
<b>Periodenergebnis</b>		<b>919,0</b>	<b>-445,7</b>
davon entfallen auf:			
Anteilseigner von Deutsche Wohnen		877,2	-434,1
Nicht beherrschende Anteilseigner		41,8	-11,6
<b>Ergebnis je Aktie (verwässert) in €</b>	<b>C22</b>	<b>2,45</b>	<b>-1,09</b>
<b>Ergebnis je Aktie (unverwässert) in €</b>	<b>C22</b>	<b>2,45</b>	<b>-1,09</b>

\* Ohne Wertberichtigungen auf in den Investment Properties ausgewiesene Immobilienbestände.

# ANTEILE AN DER N-WERTSCHÖPFUNG: DAS BEISPIEL DER DW SE 21

50%ige Anrechnung  
des Ergebnisses aus  
der Bewertung von  
Investment Properties

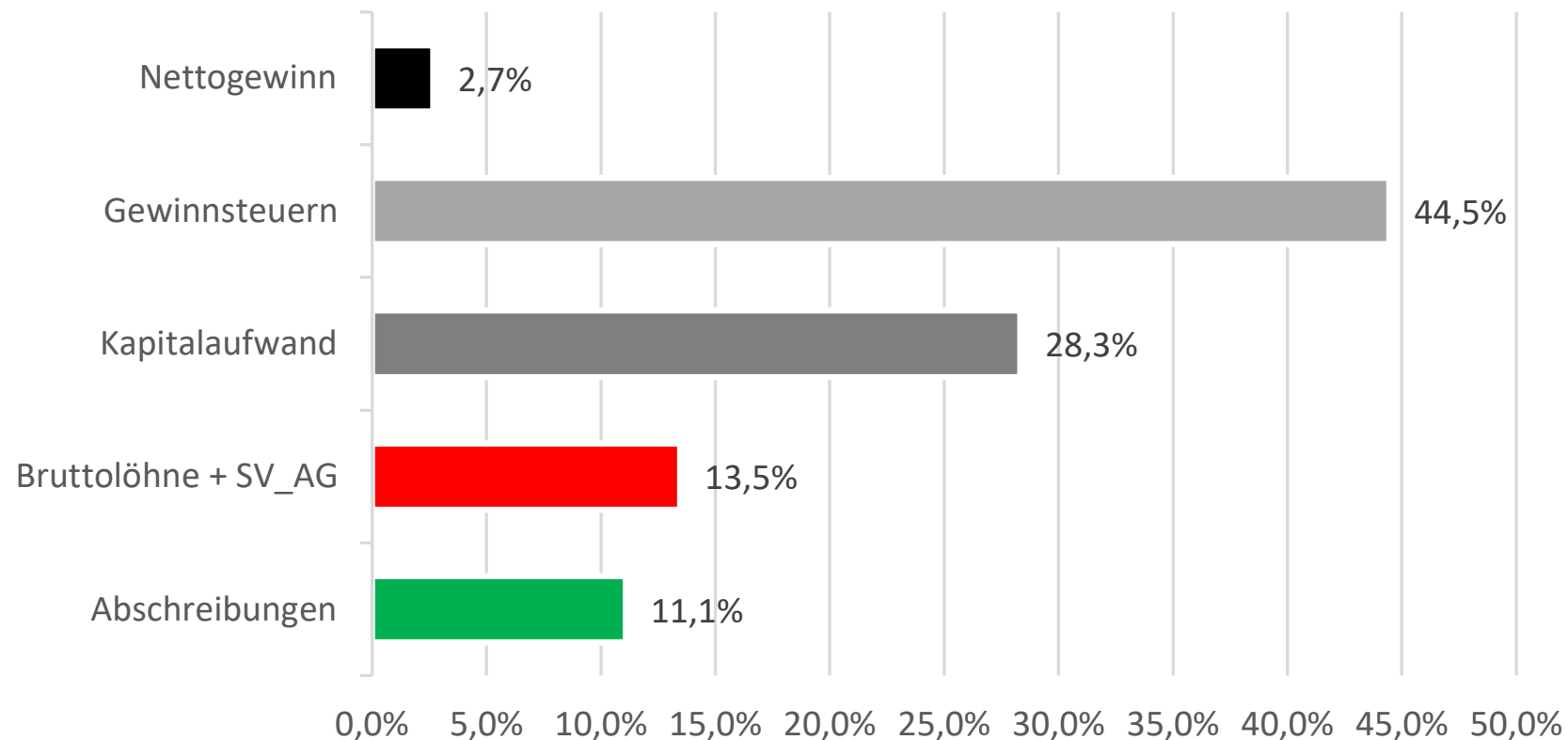
Anteile von GuV-Posten an der Netto-WS bei der DW SE



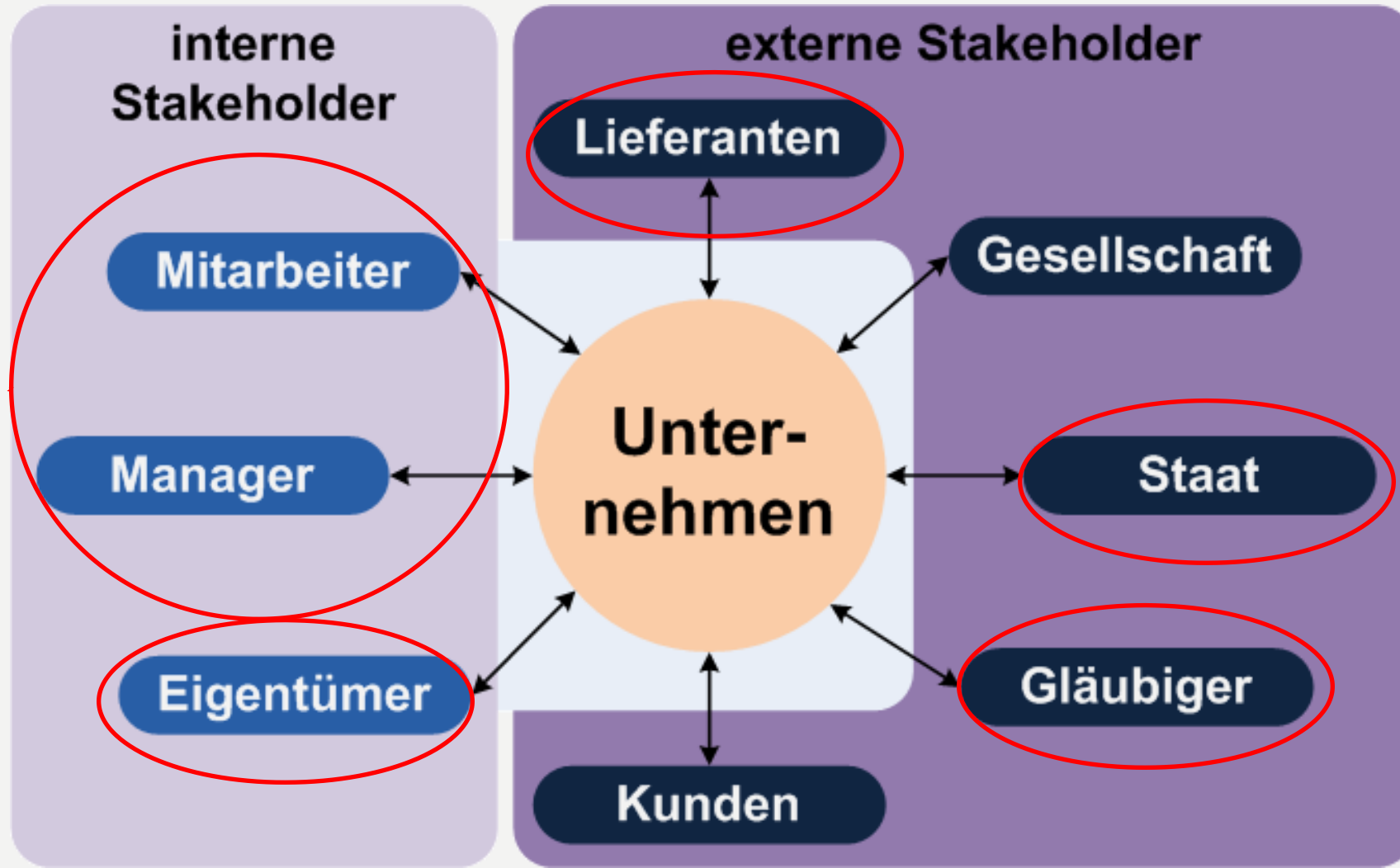
# ANTEILE AN DER B-WERTSCHÖPFUNG: DAS BEISPIEL DER DW SE 21

50%ige Anrechnung  
des Ergebnisses aus  
der Bewertung von  
Investment Properties

Anteile von GuV-Posten an der Brutto-WS bei der DW SE

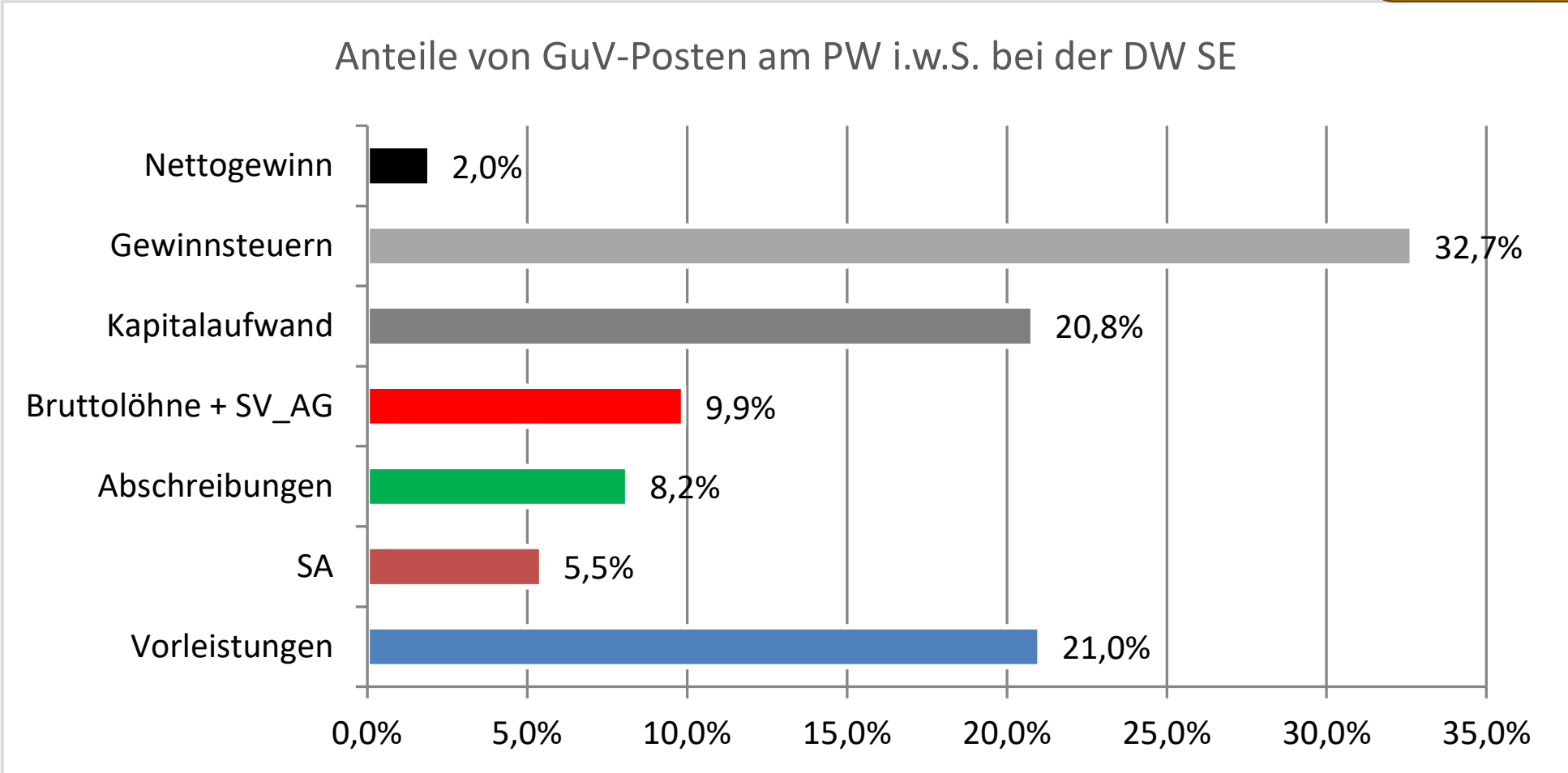


# AUS DEN UMSÄTZEN SIND DURCH DIE KUNDEN VIELE ZU BEZAHLEN



# ANTEILE AM PRODUKTIONSWERT: DAS BEISPIEL DER DW SE 21

50%ige Anrechnung  
des Ergebnisses aus  
der Bewertung von  
Investment Properties

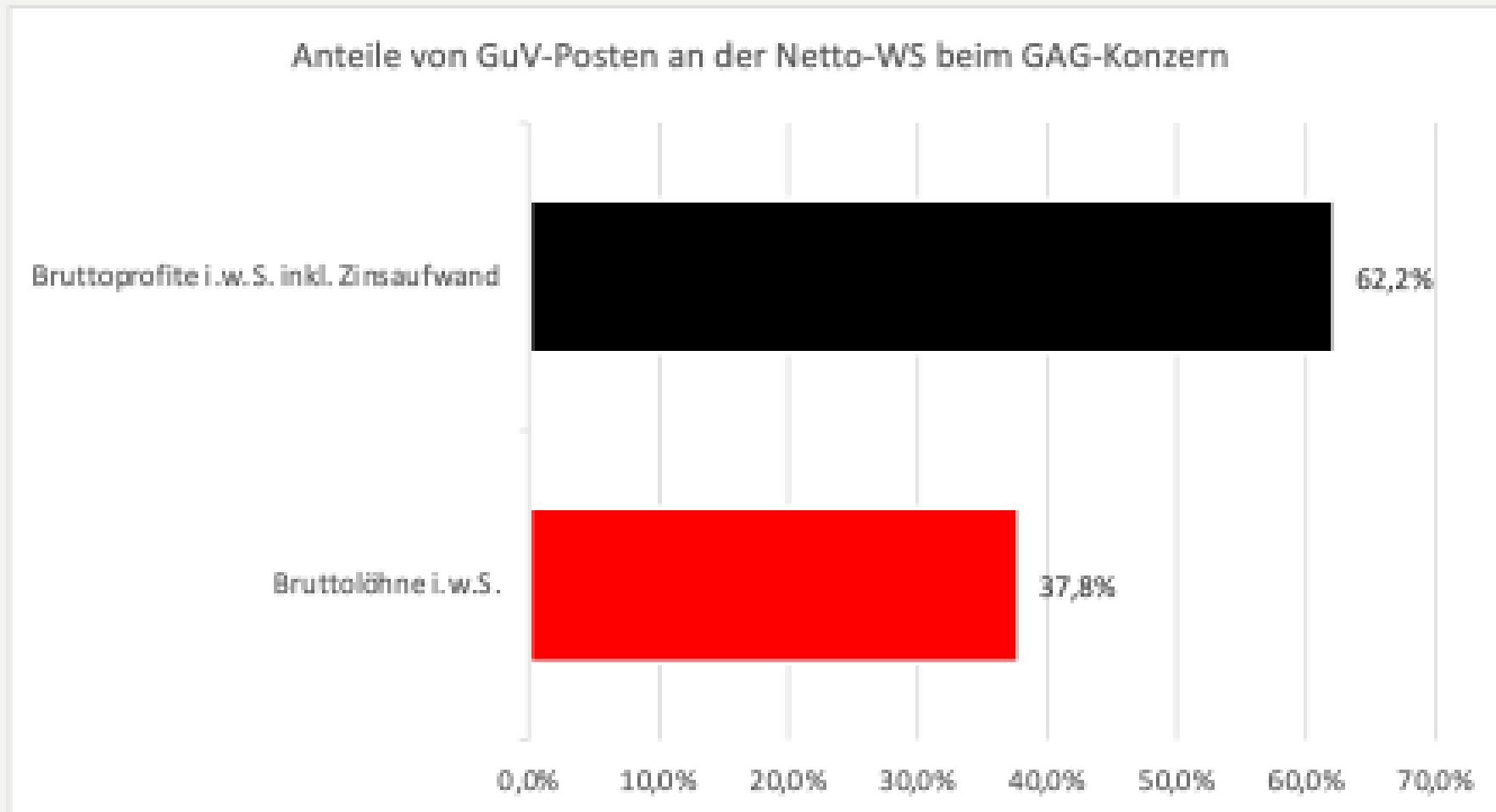




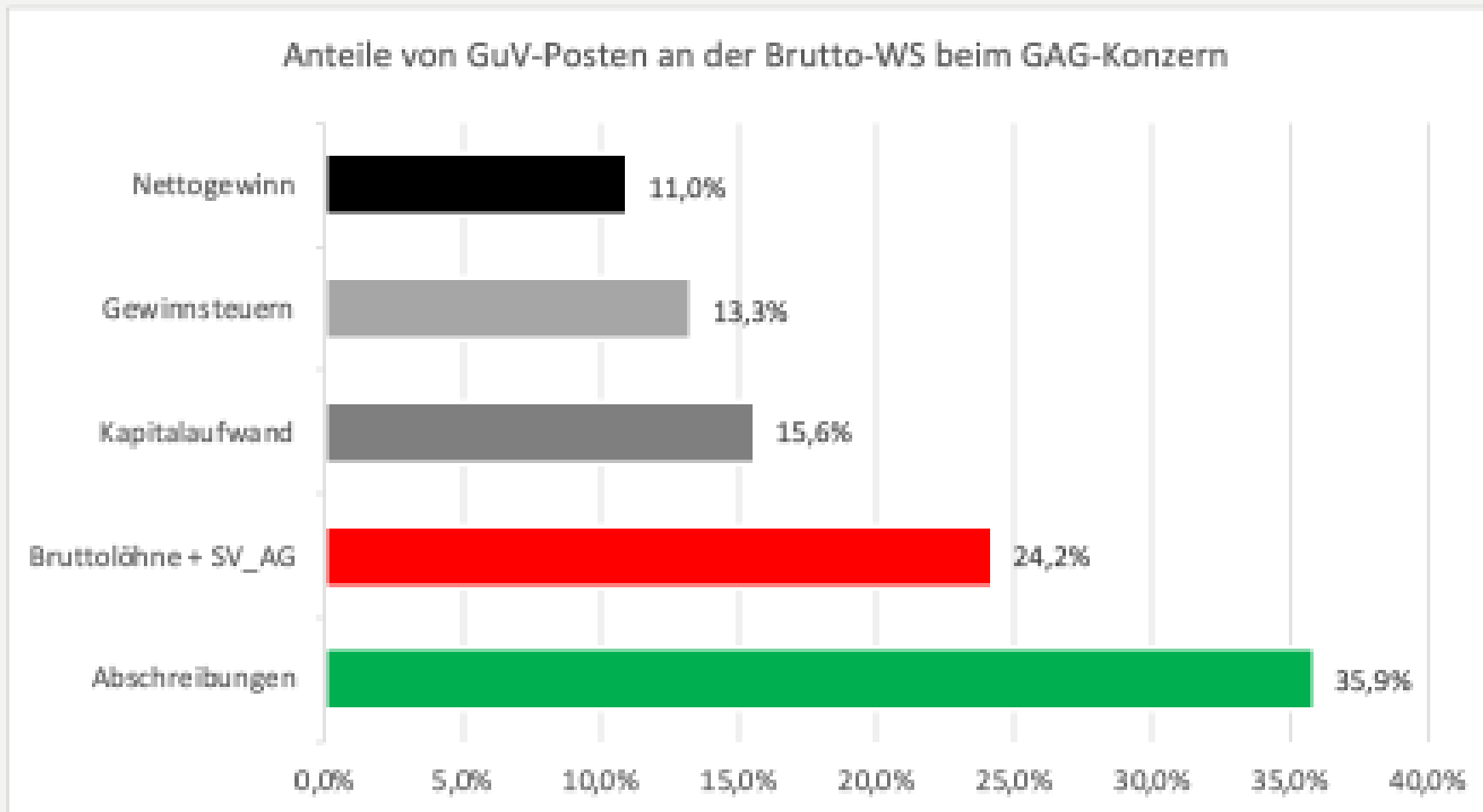
# DIE GUV: DAS BEISPIEL DES GAG-KONZERNS 22

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01. bis 31.12.2022	2022 EUR	2021 TEUR
Umsatzerlöse		
aus der Hausbewirtschaftung	372.352.567,75	359.150
aus Verkauf von Grundstücken	17.364.696,31	0
aus Betreuungstätigkeit	1.685.940,86	1.683
aus anderen Lieferungen und Leistungen	4.309.388,28	2.835
	<b>395.712.593,20</b>	<b>363.668</b>
Erhöhung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen oder unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	5.165.426,93	7.180
Andere aktivierte Eigenleistungen	405.263,79	379
Sonstige betriebliche Erträge	30.492.295,39	27.299
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-178.804.459,84	-165.660
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	-7.823.572,73	-2.852
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	-1.547.485,57	-281
	<b>-188.175.518,14</b>	<b>-168.792</b>
<b>Rohergebnis</b>	<b>243.600.061,17</b>	<b>229.733</b>
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	-40.596.163,04	-37.903
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon Aufwendungen für Altersversorgung EUR 4.149.184,11 (Vorjahr: TEUR 7.013)	-11.216.659,87	-13.828
	<b>-51.812.822,91</b>	<b>-51.730</b>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-76.741.745,47	-73.741
Sonstige betriebliche Aufwendungen davon Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und Abs. 2 EGHGB EUR 583.326,00 (Vorjahr: TEUR 583)	-29.666.963,71	-21.959
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Finanzanlagen	-55.622,37	-37
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	2.680,83	3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.293,13	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-33.371.531,47	-33.108
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-29.158.061,00	-8.685
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>22.799.288,20</b>	<b>40.487</b>
Sonstige Steuern	714.741,11	368
<b>Konzernjahresüberschuss</b>	<b>23.514.029,31</b>	<b>40.855</b>
Nicht beherrschende Anteile am Konzernergebnis	-5.595.134,03	-3.260
Konzerngewinnvortrag	1.018.949,55	694
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen der Muttergesellschaft	-9.000.000,00	-18.000
Sonstige Veränderungen der anderen Gewinnrücklagen	501.537,04	-196
<b>Konzernbilanzgewinn</b>	<b>10.439.381,87</b>	<b>20.093</b>

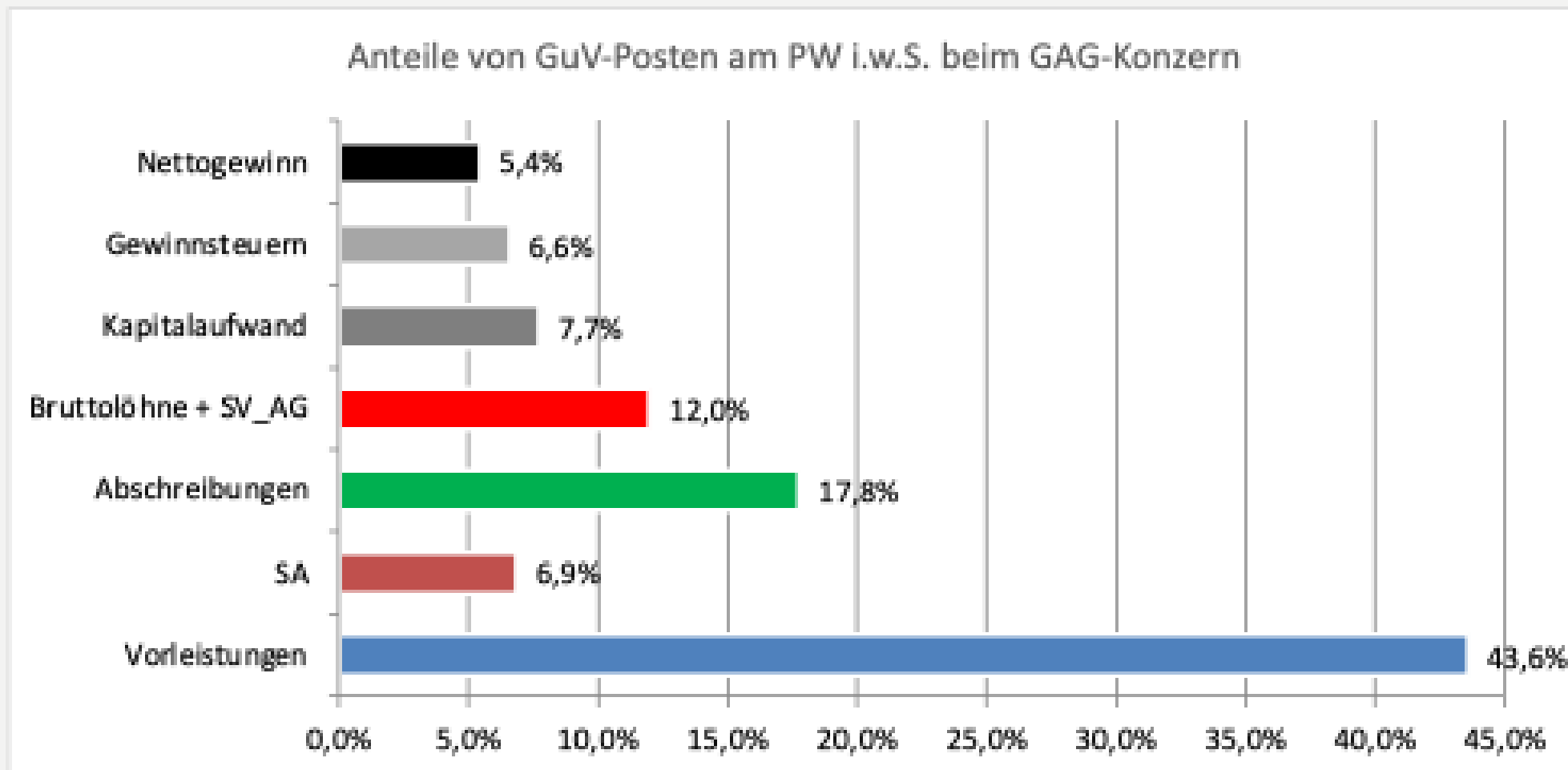
# ANTEILE AN DER N-WERTSCHÖPFUNG: DAS BEISPIEL DES GAG-KONZERNS 22



# ANTEILE AN DER B-WERTSCHÖPFUNG: DAS BEISPIEL DES GAG-KONZERNS 22



# ANTEILE AM PRODUKTIONSWERT: DAS BEISPIEL DES GAG-KONZERNS 22



# GEWINNERZIELUNG VS KOSTENDECKUNG DAS BEISPIEL DES GAG-KONZERNS 22

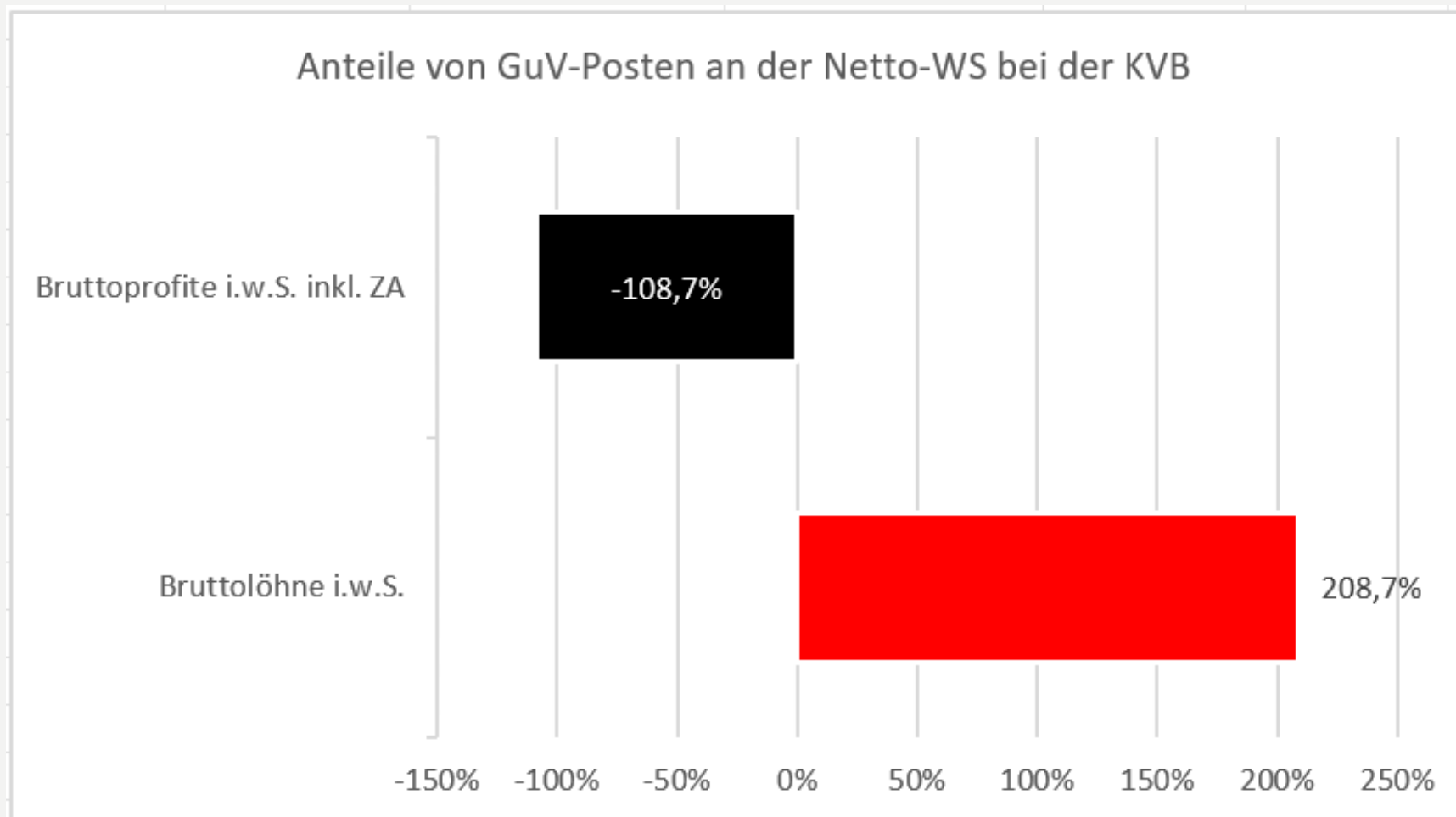
- Der **Nettogewinn** macht nur einen **kleinen Anteil am gesamten Produktionswert** aus.
- Folglich ist der **Anteil des Gewinns innerhalb der Preise** auch klein.
- Würde statt **Gewinnerzielung** nur **Kostendeckung** angestrebt, würden die **Preise nicht kolossal sinken**, sondern nur ein wenig.
- Allerdings ist es auch **möglich, bewusst Verluste einzugehen**, siehe KVB.

# DIE GUV

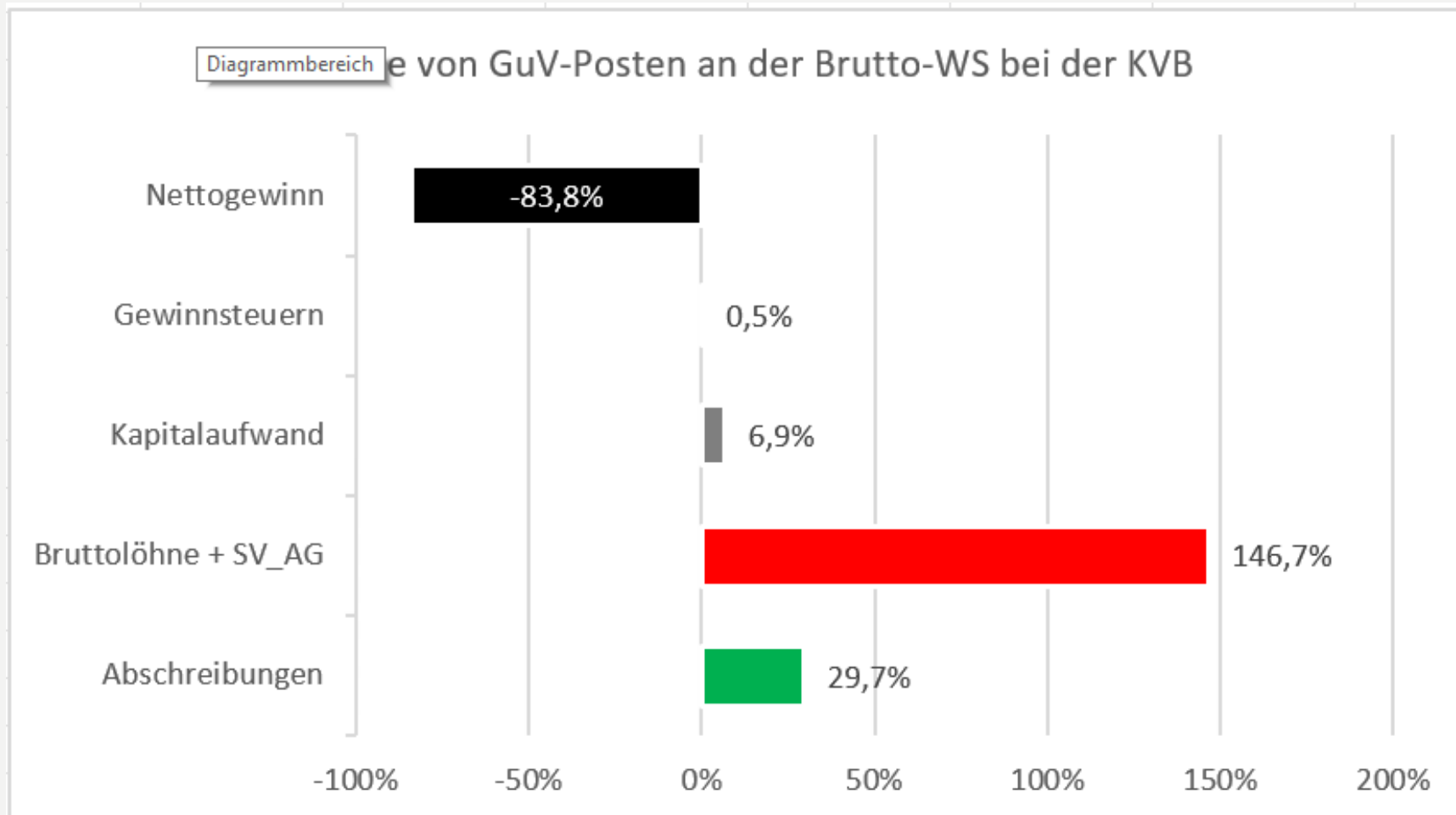
## DAS BEISPIEL DER KVB 21

	Anhangziffer	2022 €	2021 €
Umsatzerlöse	12	226.907.680	251.026.520
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		848.883	111.730
Andere aktivierte Eigenleistungen	13	12.141.060	10.176.810
<b>Gesamtleistung</b>		<b>239.897.623</b>	<b>261.315.060</b>
Sonstige betriebliche Erträge	14	145.781.034	111.675.208
Materialaufwand	15	-183.937.291	-166.614.986
Personalaufwand	16	-254.432.811	-253.727.929
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	17	-46.524.711	-51.418.782
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18	-39.058.388	-34.801.691
Beteiligungsergebnis	19	2.754.274	1.418.992
Zinsergebnis	20	-7.636.708	-11.976.006
Abschreibungen auf Finanzanlagen	21	-32.354	-6.091
<b>Ergebnis nach Steuern</b>		<b>-143.189.332</b>	<b>-144.136.225</b>
Sonstige Steuern	22	-314.846	-813.256
<b>Unternehmensergebnis</b>		<b>-143.504.178</b>	<b>-144.949.481</b>
Erträge aus Verlustübernahme		143.504.178	144.949.481
<b>Jahresüberschuss/Bilanzgewinn</b>		<b>-</b>	<b>-</b>

# ANTEILE AN DER N-WERTSCHÖPFUNG: DAS BEISPIEL DER KVB AG 21

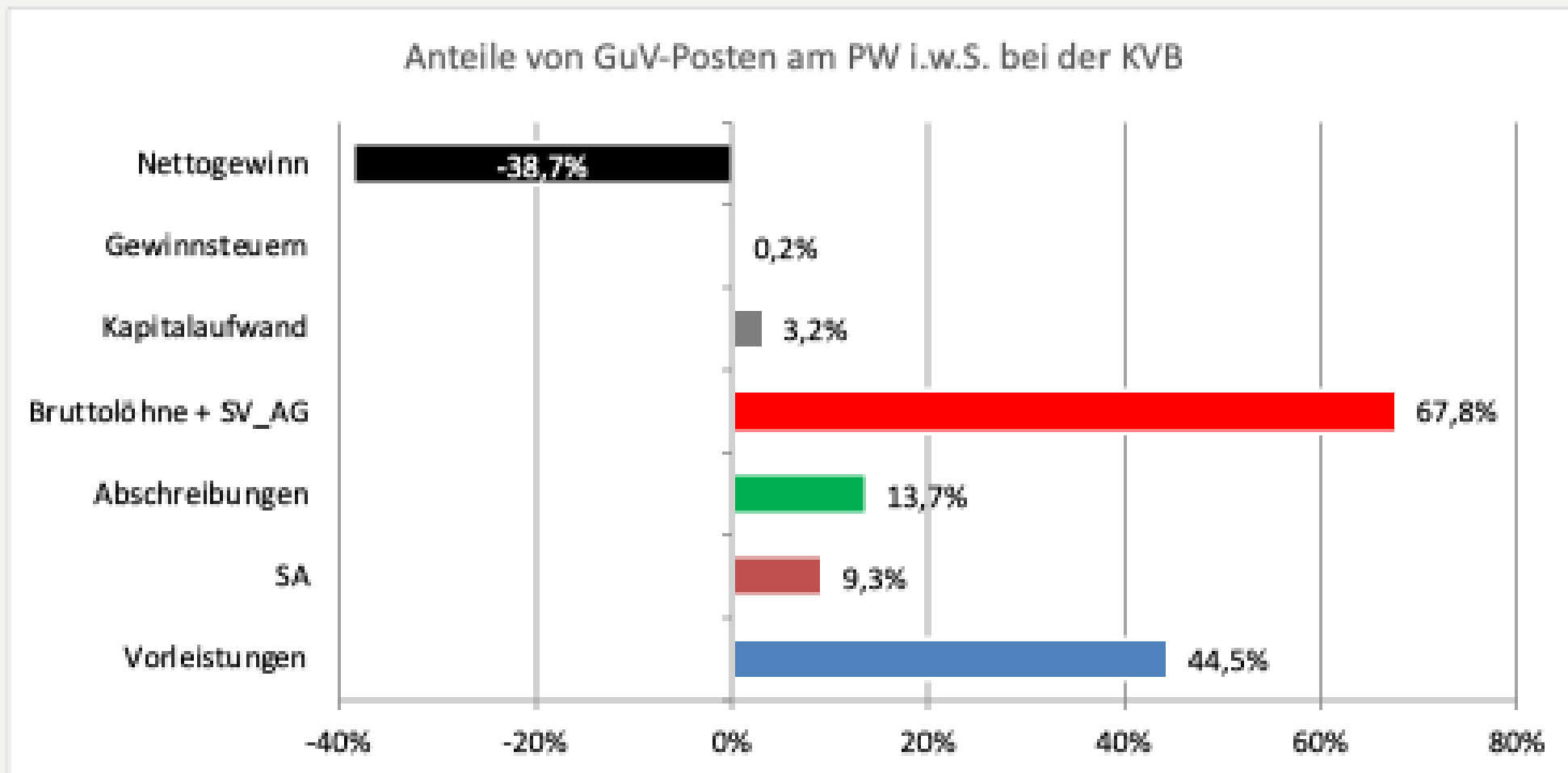


# ANTEILE AN DER B-WERTSCHÖPFUNG: DAS BEISPIEL DER KVB AG 21





# ANTEILE AM PRODUKTIONSWERT: DAS BEISPIEL DER KVB AG 21



# KOSTENDECKUNG VS DEFIZITE

## DAS BEISPIEL DER KVB 21

- Der **Nettogewinn** macht nur einen **negativen Anteil** am **gesamten Produktionswert** aus.
- Folglich ist der **Anteil des Gewinns innerhalb der Preise** auch **negativ**, so dass die **Preise de facto sinken**.
- Würde statt **Gewinnerzielung** sogar **Defiziterzielung** angestrebt, würden die **Preise deutlich sinken**.
- Allerdings erfordert dies dauerhafte Zuschüsse des (kommunalen) Eigentümers:
  - Bei der KVB sind es keine Zuschüsse durch Einlage, sondern **Zuschüsse aus dem Querverbund**. Die **Rheinenergie-Kunden finanzieren** praktisch die vergleichsweise **günstigen KVB-Preise**.
  - **Ohne Querverbund** braucht man **Einlagen des kommunalen Eigentümers und/oder staatl. Zuschüsse**.

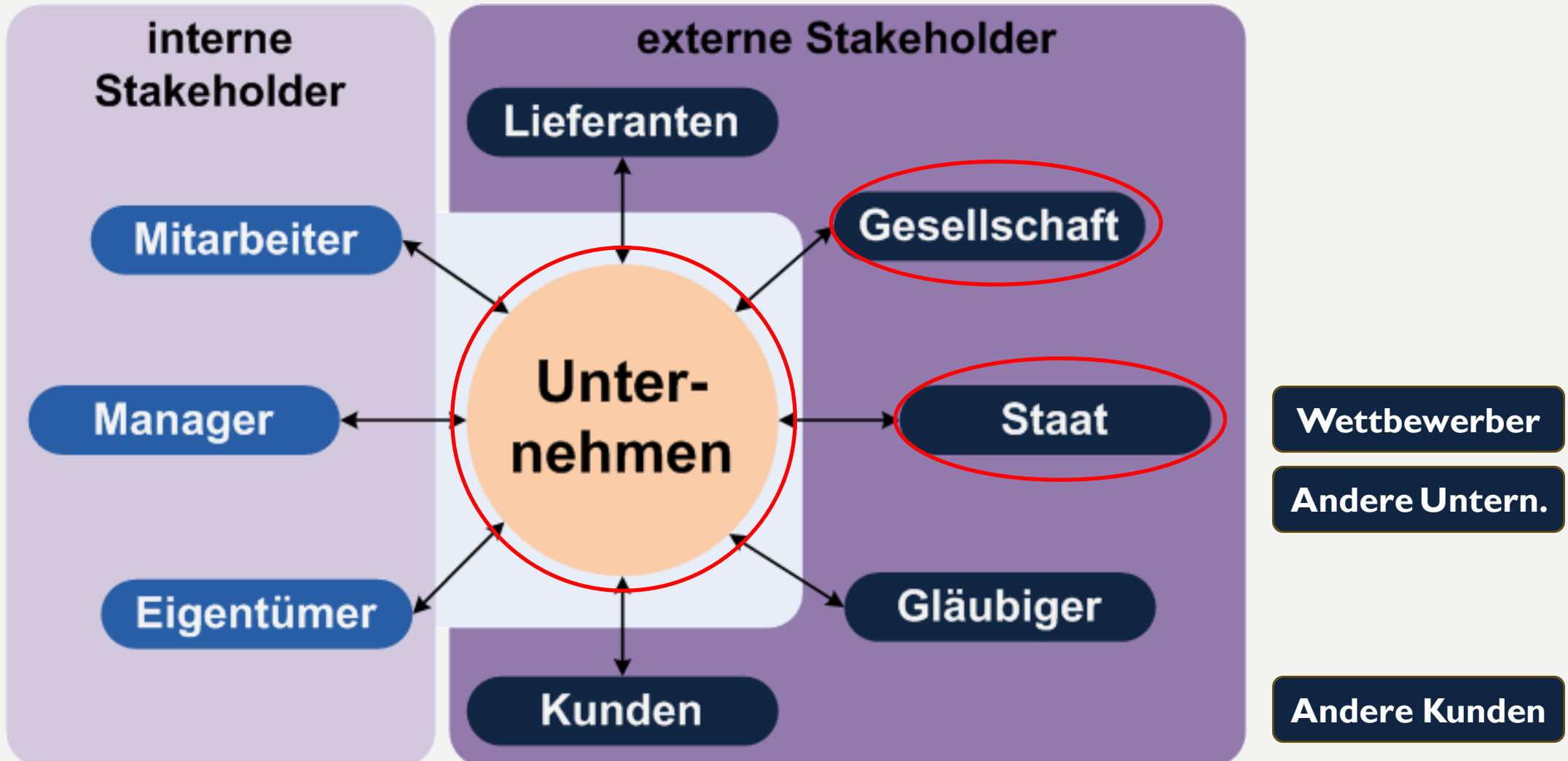
# WELCHES GEWICHT IM UNTERNEHMEN HABEN INTERNE KLASSENRELATIONEN?

- Da nicht-private Unternehmen in einem Geflecht verschiedenster Stakeholder eingebunden sind, sind die **internen Klassenrelationen nur ein Teil der Wirklichkeit**.
- Die **Freiheitsgrade klassenkämpferischer Fragen** innerhalb eines Unternehmens sind **begrenzt**:
  - Es gibt **Wettbewerb zu anderen privaten und kommunalen Unternehmen derselben Art**.
  - Es gibt Beziehungen zu **Lieferanten** mit eigenen Ansprüchen.
  - Es gibt Beziehungen zu **Kunden** mit eigenen Ansprüchen.
  - Es gibt Beziehungen zu **anderen Kapitalgebern** (vor allem FK) mit eigenen Ansprüchen.
  - Es gibt die **makroökonomische Gesamtkonstellation**.
- Es gibt **keine Herrschaft der Kapitalisten**, sondern die **Herrschaft von Profitlogik + Konkurrenz**.

# WELCHES GEWICHT IM UNTERNEHMEN HABEN INTERNE KLASSENRELATIONEN?

- Das heißt aber auch: Es gibt **keine Herrschaft der kommunalen oder staatlichen Eigentümer**, sondern die **Herrschaft von Profitlogik + Konkurrenz**, in die auch **kommunale oder staatliche Eigentümer eingebunden** sind.
- Jeder sozialistische Ansatz, der wirkungsvoll Ziele erreichen möchte, muss also die **Profitlogik und die Konkurrenz einschränken** und alle **Stakeholderbeziehungen ins Visier nehmen**.
- Ganz entscheidend sind also **öffentliche Regulationen in all diesen Bereichen**.

# UNTERNEHMEN UND GESAMTÖKONOMIE



# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND GESAMTÖKONOMIE

- Die **Makroökonomie als ungeplante ökonomische Gesellschaft** umfasst:
  - **alle Unternehmen** und **alle Kunden**;
  - die **Geldversorgung** durch private und öffentliche Banken;
  - die **Gesamtheit von Nachfrage und Angebot** mit Preisen, Zinssätzen, Volumina usw.
- Wenn aber „(sich) (d)er Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung (...) nun dar(stellt) als **Gegensatz** zwischen der **Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik** und der **Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft**“ (Engels, Friedrich: DEdSvdUzW, in: MEW 19, S.216), lohnt dann nicht der Ansatz einer **komplett verstaatlichten Planökonomie**?

# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND GESAMTÖKONOMIE

- Die Probleme einer solchen **staatlichen Kommandowirtschaft** sind aber bekannt:
  - Ineffizienzen in der Ökonomie durch **Mangel an Kreativwettbewerb, Produktivität und Innovation**;
  - Ineffizienzen in der Ökonomie durch **Verzicht auf die Signale von Preis, Lohn-, Zinssatz, Profitrate**;
  - Ineffizienzen zwischen Unternehmen durch **fehlende dezentrale Beziehungen untereinander**;
  - Ineffizienzen in jedem Unternehmen durch **mangelnde materielle Interessiertheit**;
  - **mangelhaftes Eingehen auf Kundenwünsche** und **mangelnde Stimulation von Kundenbedürfnissen**.
- Also gibt es zwei Alternativen jenseits der reinen profitorientierten Privatökonomie:
  - **Marktsyndikalismus mit dezentralen Non-Profit-Unternehmen** (jedoch in Jugoslawien gescheitert!);
  - **öffentliche, womöglich sozialistische Regulation der Marktökonomie** mit **einigen öff. Unternehmen**.

# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND GESAMTÖKONOMIE

- Hierauf muss der **Staat** (Bund, EU, Land, Kommune) **planend einwirken**. Es gibt zwei Probleme:
  - Was das kommunale Unternehmen an **makroökonomischem Setting** bräuchte, kann ausdrücklich **nicht vorausgesetzt** werden. Der Staat könnte es bereitstellen, aber ist nicht garantiert. Fehlt die Voraussetzung, kann es zum **Scheitern von Zwecken** kommen, siehe ÖPV-Verkehrs“wende“.
  - Es gibt **Konkurrenzen** zwischen und innerhalb der föderalen Ebenen.
- Das **makroökonomische Setting**, das es bräuchte, aber noch nicht gibt, wäre **finanziell**:
  - ausreichende **staatliche Bereitschaft zu Geldversorgung, Verschuldung und Besteuerung**;
  - ausreichende **Finanzierung der Kommunen und der kommunalen Unternehmen**.



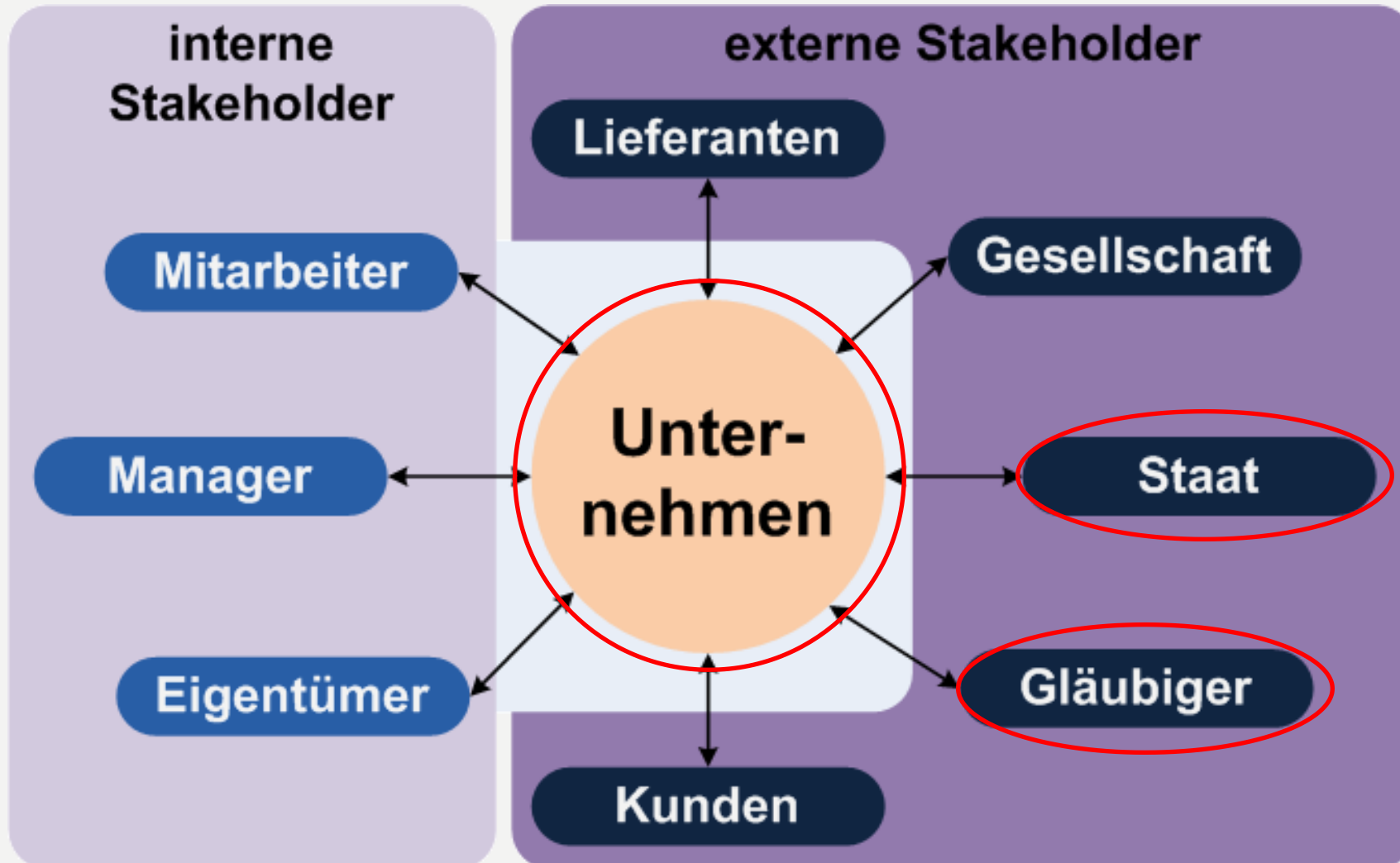
# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND GESAMTÖKONOMIE

- Das **makroökonomische Setting**, das es bräuchte, aber noch nicht gibt, wäre **lenkend**:
  - Internationale und supranationale **Kooperation** und **Koordination** oder gar **Vergemeinschaftung**;
  - ausreichende staatliche Bereitschaft zu initialen Ausgaben für **Staatsinvestitionen** und **Staatskonsum** mit einem Auge auf Volumen (wieviel?) und Richtung (wofür?).
- Das **mikroökonomische Setting**, das es bräuchte, aber noch nicht gibt, wäre **lenkend**:
  - ausreichende Lenkung durch **indirekte Steuern (CO<sub>2</sub>-Steuer)** und **Zertifikate mit Kontingentierung**;
  - ausreichende Lenkung durch **öffentliche Zinssätze, Höchst- und Niedrigstpreise**, auch wenn es dann zu marktinkonformen Überschüssen bei Angebot und Nachfrage kommen kann;
  - ausreichendes **Ordnungsrecht** mit Geboten und Verboten.

# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND GESAMTÖKONOMIE

- Die Gesamtwirtschaft soll eine **mixed economy** mit verschiedenen Eigentumsformen sein:
  - kommunale oder sonstige **öffentliche** bzw. **staatliche** Unternehmen,
  - genossenschaftliche, syndikalistische oder andere **gemeinnützige** Unternehmen,
  - **privatkapitalistische** Unternehmen mit Profitorientierung, die **sozial reguliert** werden.
- Es soll in einer **gemischten** Ökonomie **etliche privatkapitalistische** Unternehmen geben, denn:
  - Dies ist zum einen nötig, weil der **Finanzbedarf** für Investitionen sowie den laufenden Geschäftsbetrieb aktuell **nicht nur** durch **öffentliche** und **gemeinnützige** Unternehmen **stemmbar** ist.
  - Dies ist zum anderen nötig, weil die **privatkapitalistische Gewinnorientierung** trotz fehlender gesellschaftlicher Planung neben Schäden auch **fortschrittliche Gebrauchswerte** hervorbringt.

# UNTERNEHMEN UND GLÄUBIGER SOWIE DER STEUERSTAAT



# KOM. UNTERNEHMEN UND GLÄUBIGER SOWIE DER STEUERSTAAT

- Kommunale Unternehmen **bedürfen der Finanzen**, um die **gewaltigen Aufgaben der Transformation** (Klima, Digitalisierung, Alterung, Migration, Internationalisierung) zu stemmen.
- Sie brauchen **Einlagen der Kommune**, die **kaum über Steuerhoheit** verfügt. Also braucht man:
  - entweder **mehr Selbstfinanzierung aus nicht ausgeschütteten Gewinnen** des komm. Unternehmens;
  - oder ein **größeres Volumen an zentralen Steuern**, das an die Kommunen fließt;
  - oder **mehr kommunale Steuerhoheit**, jedoch mit dem Problem kommunaler Steuerkonkurrenz;
  - oder **mehr Schuldenaufnahme des kommunalen Unternehmens und/oder der Kommune**;
  - oder **mehr Schuldenaufnahme des Zentralstaats**, der diese Mittel an die Kommunen weiterleitet;
  - oder **mehr zentralstaatliche Beteiligungen an kommunalen Unternehmen** (welche?) **durch Einlagen**.

# KOM. UNTERNEHMEN UND GLÄUBIGER SOWIE DER STEUERSTAAT

- Auch hier gilt: Die **gegebenen** Voraussetzungen sind zu berücksichtigen.
  - Je **mehr öffentliche Einlagen und großzügige öffentliche Kredite** es gibt, umso eher kann ein öffentliches Unternehmen auf **Gewinnerzielung verzichten**.
  - Je **weniger öffentliche Einlagen und großzügige öffentliche Kredite** es gibt, umso eher muss ein öffentliches Unternehmen auf **Gewinnerzielung setzen** und **bedarf es privater Unternehmen**.
- Bei **ungünstigen** Bedingungen ist **Gewinnerzielung** für ein öffentliches Unternehmen **nötig**:
  - Zum einen dienen **einbehaltene Gewinne** (Thesaurierung) der **Selbstfinanzierung für Erweiterungsinvestitionen** neben der Finanzierung aus Abschreibungen für Ersatzinvestitionen.
  - Zum anderen ist es nur mit **ausreichenden Gewinnen** möglich, bei privaten Banken **überhaupt bzw. zinsgünstige Kredite** zu erhalten.

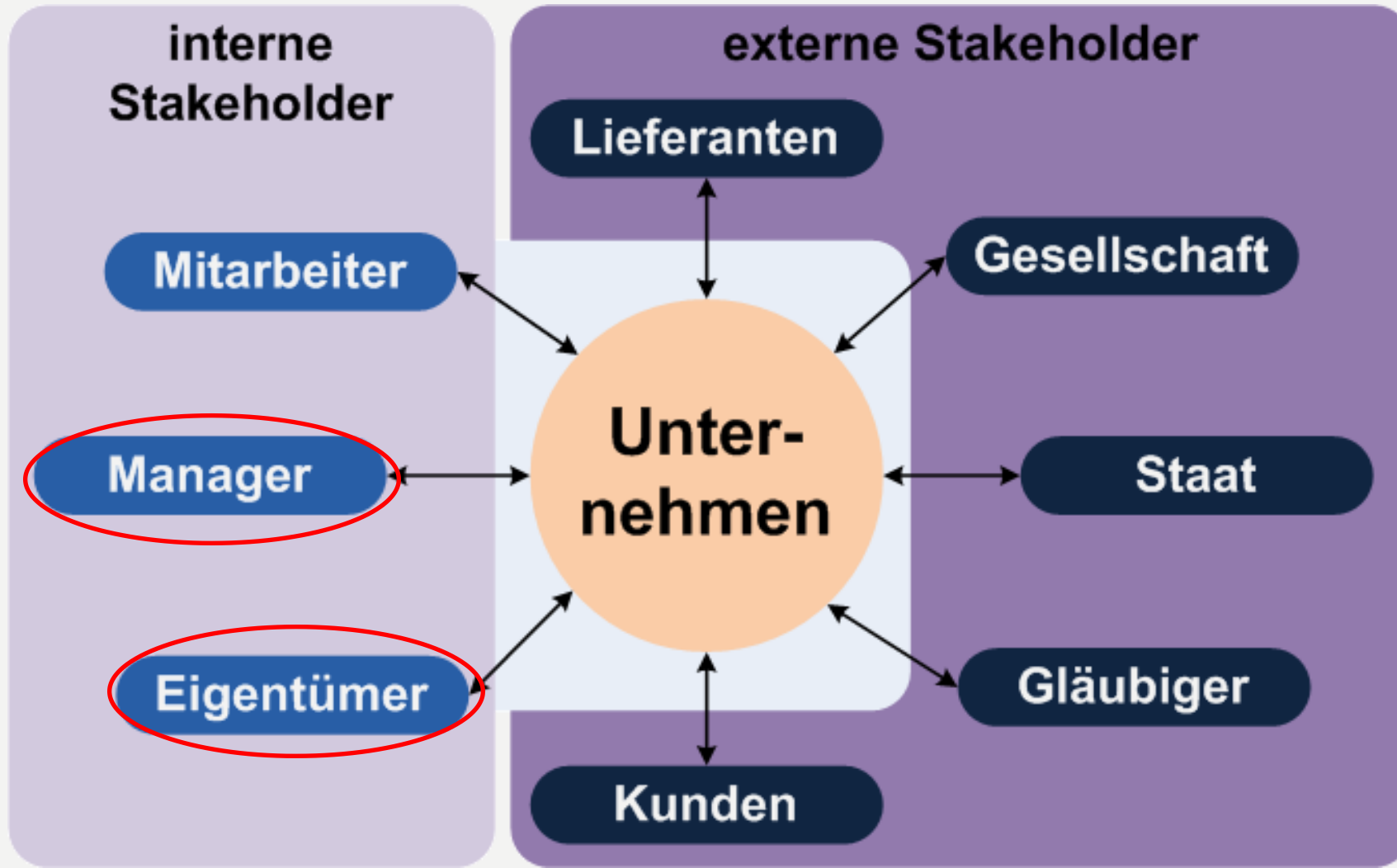
# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND WETTBEWERBER



# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND WETTBEWERBER

- Eine **Schule** ist in der Regel **öffentlich**, ein **Lebensmittelhersteller nicht**. **Warum** eigentlich?
- Zu **klären** ist von den politischen Entscheidungsträgern in Staat und Kommune:
  - der **Zweck** kommunaler Unternehmen: Wozu ist es gut, sich selbst wirtschaftlich zu betätigen?
  - die **Branche** kommunaler Unternehmen: Was ist Daseinsvorsorge?
  - die Frage des **Monopols**: Sollen kommunale Unternehmen Branchen monopolisieren?
  - die Frage der **wirtschaftlichen Betätigung**: Soll sich die „Gemeinde (...) zur Erfüllung ihrer Aufgaben“ wie bislang lt. §107 GO **nur** „wirtschaftlich betätigen, wenn bei einem Tätigwerden der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann“? **Nein!**
  - Werden **Zuschüsse** nur den kommunalen Unternehmen oder **auch der Privatkonzurrenz** gegeben?

# KOMMUN. EIGENTÜMER (PRINCIPAL) UND MANAGER (AGENT)

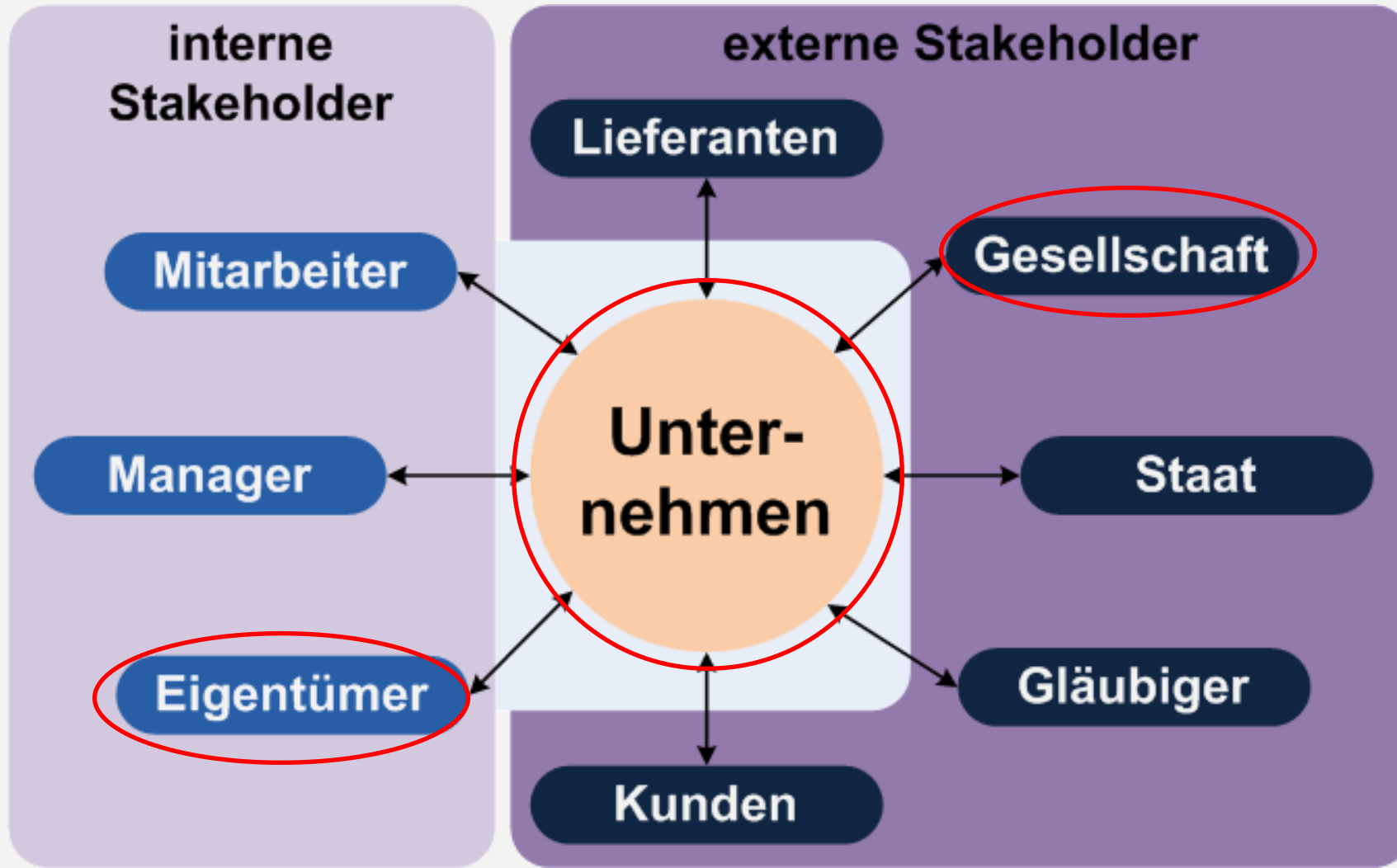




# KOMMUN. EIGENTÜMER (PRINCIPAL) UND MANAGER (AGENT)

- Dies führt zur wichtigen Frage der **Beziehung zwischen Politik/Kommune und Unternehmen**.
- Wie frei soll das Management des kommunalen Unternehmens innerhalb des vorgegebenen öff. Zwecks agieren: eng **durch Weisungen geführt** oder mit **Entscheidungsautonomie**?
- Soll das Unternehmen innerhalb eines **fest vorgegebenen öff. Zwecks** möglichst **wirtschaftlich agieren**, oder soll der **öff. Zweck fallweise neu gesetzt** werden, ggf. **gegen Wirtschaftlichkeit**?
- Soll das Leitungspersonal nach **Qualifikation**, nach **Couleur**, nach Grundsätzen von **Diversität** oder nach einer **Kombi** bestimmt werden? Gibt es ein **dominantes Kriterium**?

# UNTERNEHMEN UND GESELLSCHAFT



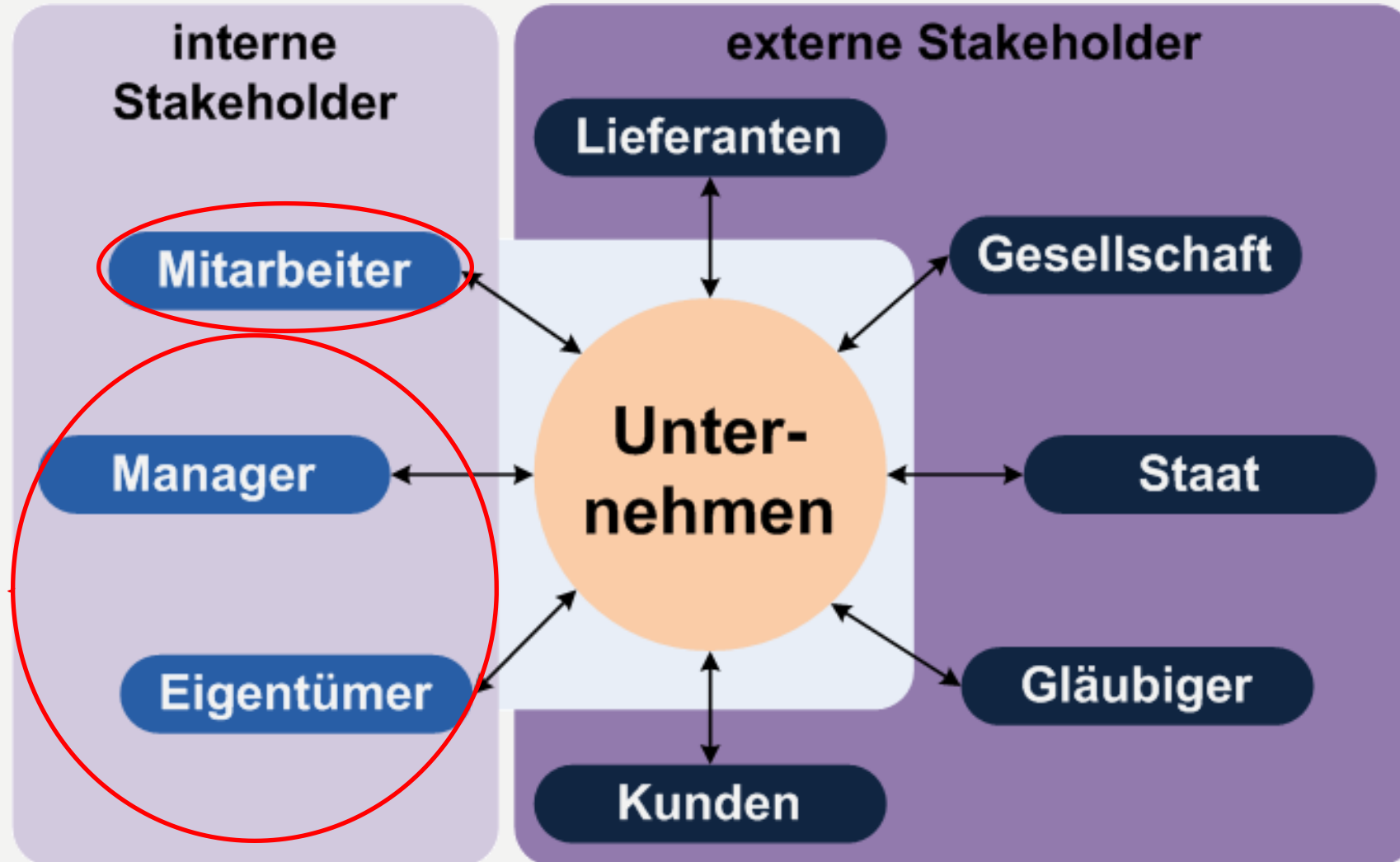
# UNTERNEHMEN UND GESELLSCHAFT: WER IST DIE GESELLSCHAFT?

- Die **Kommune** ist als Gebietskörperschaft **öffentliche Repräsentation** der Gesellschaft und formuliert gesellschaftlicher Ansprüche, die das kommunale Unternehmen umsetzen soll.
- Was aber, wenn Klassen, Bewegungen, Verbände **als Interessengruppen der Gesellschaft** mit der Kommune als **repräsentierter Gesellschaft konfliktieren**? **Wem dient** das komm. Unternehmen?
- Über **welche Kanäle** soll das Unternehmen **Eingang für gesellschaftliche Ansprüche** gewähren?
- **Wie und durch wen** sind **gesellschaftliche Konflikte wirtschaftsdemokratisch zu moderieren**?
- Was, wenn **demokratische Partizipation** (Anspruch von Teilen der Gesellschaft) gegen **Effizienz und Tempo** (auch Anspruch von Teilen der Gesellschaft) steht?
- Wo steht hier **die Linke**?

# UNTERNEHMEN UND GESELLSCHAFT: WER IST DIE KOMMUNE?

- Die **Kommune** ist kein homogener Block.
  - Es gibt die **schwierige doppelte Verwaltung**: gewählt (Rat) und professionell (Stadtverwaltung).
  - Die **Parteien** im Rat stehen **in Konkurrenz** zueinander und **hemmen** ein **kohärentes** Vorgehen.
  - Der Rat **wechselt die Zusammensetzung** alle 5 Jahre + **trifft kontinuierlich wirkende** Entscheidungen.
  - Die Parteien im Rat neigen als zu wählende Einheiten bisweilen zu **Vereinfachungen** und agieren notwendigerweise **opportun** für ihre Wählergruppen.
  - Die **Verwaltung** ist unterfinanziert, bisweilen **nicht höchst effizient** sowie **zuweilen autoritär**.
- Kurz: **Für wen oder was** in der Gesellschaft stehen **Kommune, Rat, Verwaltung und Parteien?**

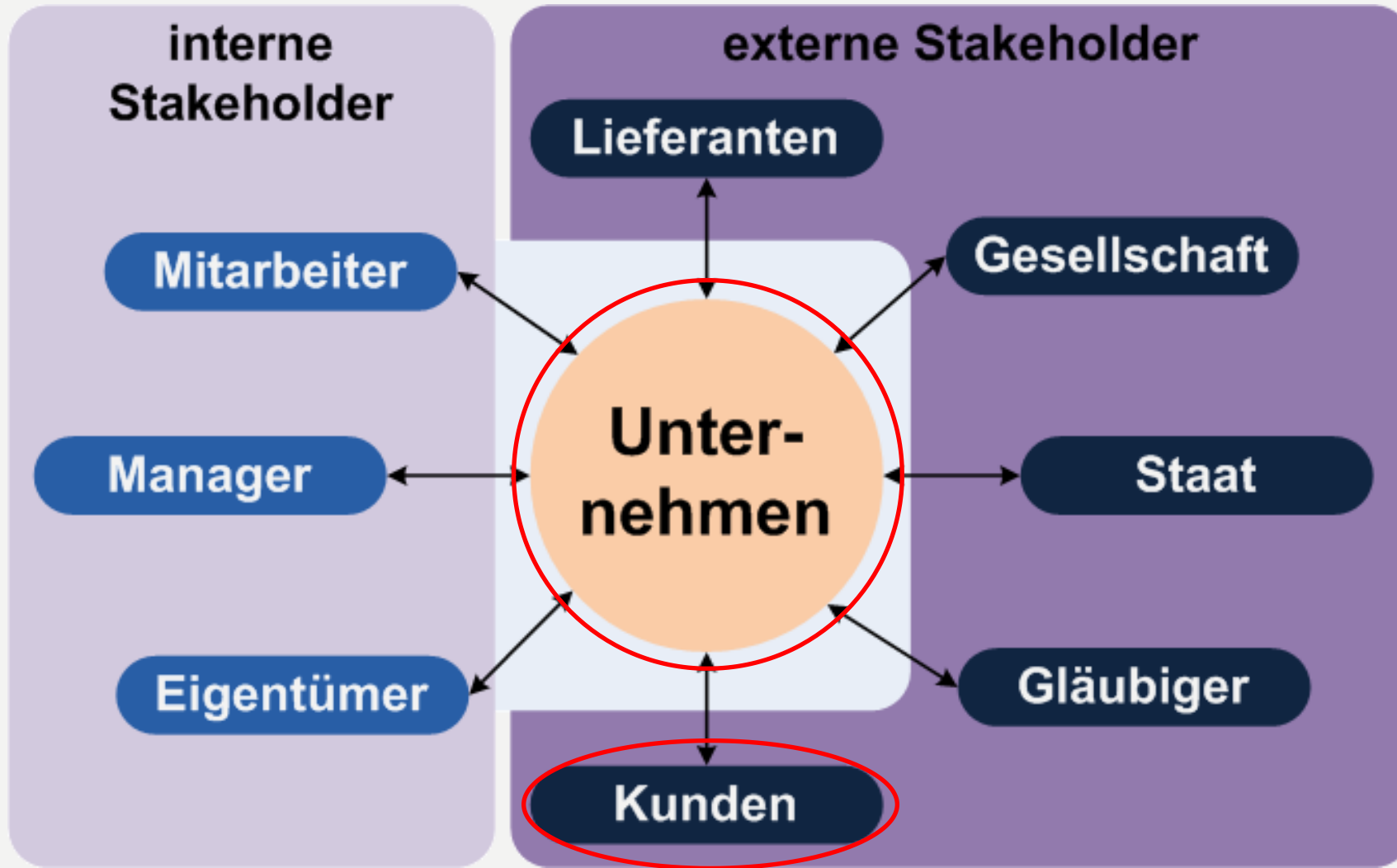
# KOMM. EIGENTÜMER + MANAGER UND MITARBEITER



# KOMM. EIGENTÜMER + MANAGER UND MITARBEITER

- Welches **Verhältnis** soll es zwischen **Belegschaft** im kommunalen Unternehmen auf der einen sowie **Managern und Kommune als Eigentümer** geben?
- Sollen die **Arbeits- und Kündigungsschutzvorschriften härter** und die **Anforderungen an Arbeitsbelastung geringer** als in der Privatwirtschaft sein?
- Durch welche **Vergütungsstrukturen und Anreize** wird gewährleistet, dass nicht die sicherheitsorientiertesten, sondern die besten Mitarbeiter in komm. Unternehmen arbeiten?
- Sollen die Mitarbeiter eher **Co-Manager** sein oder **konfliktär** zu Eigentümer + Leitung stehen?
- Was passiert bei **Konflikten zwischen Kapital Eigentümer + Management gegen Arbeit?**
- Wo steht hier **die Linke?**

# UNTERNEHMEN UND KUNDEN

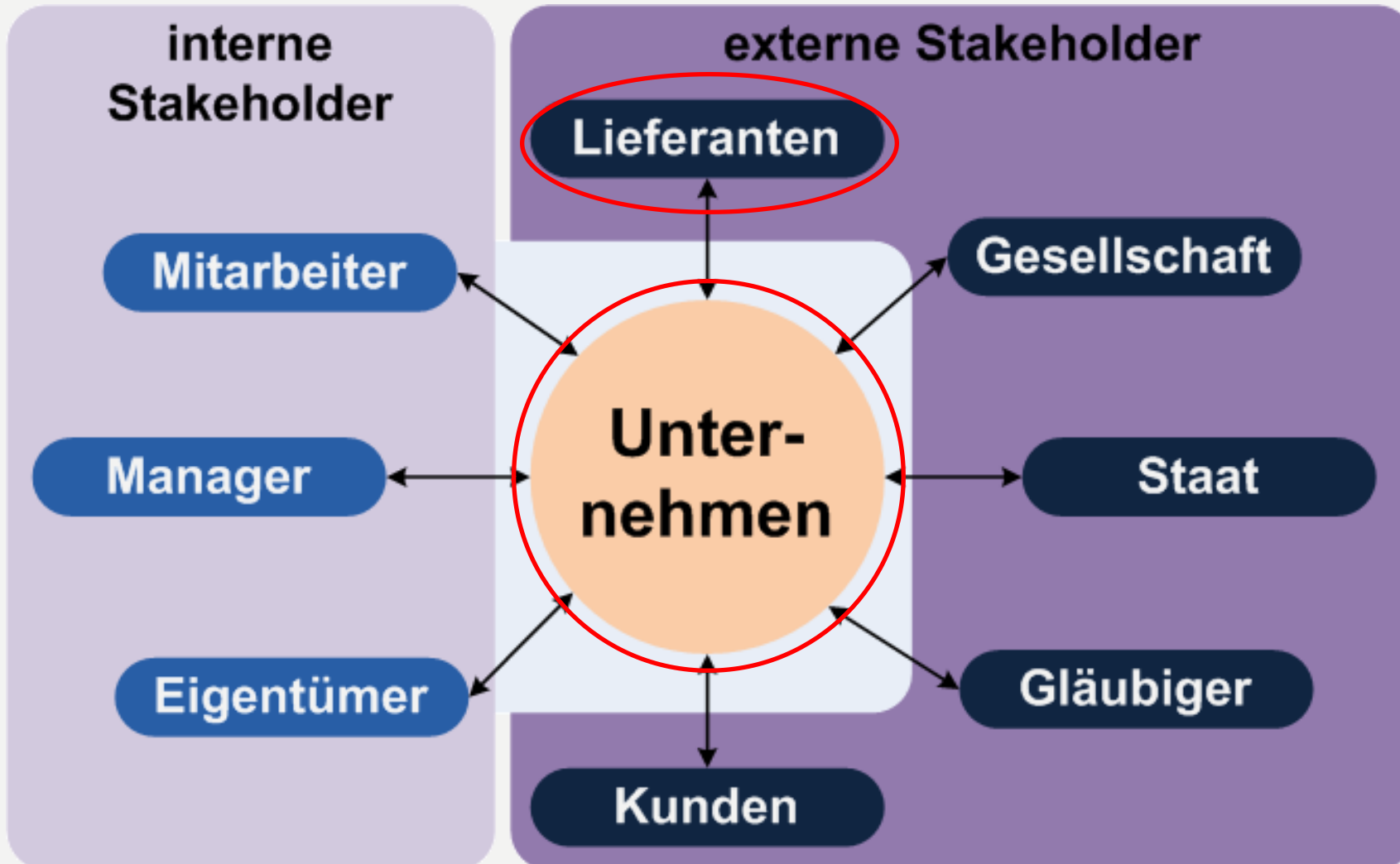


# UNTERNEHMEN UND KUNDEN

- Welches **Verhältnis** soll es zwischen **Kunden** des kommunalen Unternehmens auf der einen sowie **Managern und Kommune als Eigentümer** geben?
- Der Kunde interagiert **einerseits vertraglich** mit einem kommunalen Unternehmen, das ihm als Bürger und Mitgesellschafter der Kommune **andererseits** gleichsam **mitgehört**.
- Soll der Kunde eher als **echter Kunde** oder als **Bürger** behandelt werden?



# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND LIEFERANTEN



# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND LIEFERANTEN

- Soll es nur eine Beschaffung bei **tarifgebundenen** Unternehmen geben?
- Soll es zur **Stärkung der lokalen Ökonomie** eher **lokale Lieferanten** für das kommunale Unternehmen geben oder für ein **gutes Preis-Leistungsverhältnis** auch **nicht-lokale Lieferanten**?
- Sollen (lokale) Lieferanten gestärkt werden durch **höhere Bezugspreise**, was
  - entweder die **Preise** des kommunalen Unternehmens **erhöht**;
  - oder bei konstanten Preisen und sinkenden Gewinnen die **Selbstfinanzierung** des kommunalen Unternehmens **schwächt** und das Erfordernis zusätzlicher kommunaler Einlagen erhöht?
- Will man Lieferungen – etwa die Lieferung von Flächennutzung gegen Mieten – nicht, muss das öffentliche Unternehmen **diese Leistung selbst übernehmen**, z.B. durch Flächenkauf.

# KOMMUNALES UNTERNEHMEN UND SEIN HANDLUNGSRAHMEN

- Innerhalb der Ausgestaltung des gesamten Settings aus Makro-, Mikroökonomie sowie Stakeholderbeziehungen müsste ein kommunales Unternehmen seine eigene Agenda setzen.
- Ein nicht kapitalistisches, kommunales Unternehmen hat gegenüber profitorientierten Unternehmen den Vorteil, das angebotene Sortiment stärker nach Bedarf auszurichten. Das spricht gegen Privatisierungen und für die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums.
- Doch auch eine Ausrichtung nach Bedarf enthebt ein kommunales Unternehmen nicht des Erfordernisses, Effizienzkriterien und die Ansprüche aller Stakeholder zu beachten.

# HÖHERES KONFLIKTPOTENZIAL

- Die Bedeutung kommunalen Eigentums ist begrenzt. Es kommt auf **öffentliche Regulation** an. Aber genau die ist nicht simpel, sondern „das **Einfache** (**Kohärente**, Anm. AR), das **schwer** zu machen ist.“ (B. Brecht und E. Busch)
- „(E)ine vergesellschaftete Ökonomie (braucht) entsprechende Vorkehrungen zur Konfliktregulierung. Die einzige dieser Aufgabe gewachsene Form der institutionalisierten Selbsteinwirkung und Konfliktregulierung, die Gesellschaften heute kennen, ist der Staat, freilich nicht in dieser Allgemeinheit, sondern als widersprüchlich ausdifferenziertes und umkämpftes Terrain. Dies impliziert nicht nur eine Kritik an der Vorstellung, die vorgestellten Planungsformen ließen sich ohne Widerstand im heutigen Staat durchsetzen, sondern es fragt sich, **ob der Staat in seiner heutigen Form überhaupt dazu geeignet ist, den beschriebenen Anforderungen zu genügen.** (...)“

# HÖHERES KONFLIKTPOTENZIAL

- „Die Politisierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses bringt es mit sich, dass zuvor kaum öffentlich ausgehandelte Aspekte der gesellschaftlichen Struktur, der politischen Regierung und der Kultur explizit zur Entscheidung stehen; selbstredend mit dementsprechend **höherem Konfliktpotenzial**. Auf diese Weise kommen in bisherigen Gesellschaftsstrukturen reproduzierte Herrschaftsbeziehungen und Privilegien auf den Prüfstand. Verteilung und Allokation sind in einer nachkapitalistischen Ökonomie offensichtlich öffentliche Aufgaben, wohingegen sie in kapitalistischen Gesellschaften als Naturtatsache hingenommen werden, obwohl die auf Privateigentum basierende Produktionsweise mit ihren Verteilungs- und Allokationsmechanismen nicht vom Himmel fällt, sondern gesellschaftliches Ergebnis ist.“

# HÖHERES KONFLIKTPOTENZIAL

- „Das ändert sich, sobald diese Aufgaben als Ergebnis öffentlicher Aushandlungen erscheinen. **Gegen diese sichtbare Form der Herrschaft kann sich Unzufriedenheit der Betroffenen leichter artikulieren. Es entsteht Konfliktpotenzial, auf dessen spannungsfreie Auflösung zu hoffen sträflich wäre.**“ (Recht, Alexander / Werner, Alban: Aufgaben und Instrumente demokratischer Planung, in: Das Argument, Heft 286/2010, S. 191-193)

# FAZIT

- Wir **brauchen öffentliche Unternehmen**, und wir brauchen sogar mehr öffentliche, vor allem kommunale Unternehmen. Daher ist es richtig, gegen Privatisierung zu sein.
- Öffentliche Unternehmen sollen agieren
  - zur Sicherung der **sozialen Daseinsvorsorge**,
  - zur Sicherung der **ökologischen Grundlagen**,
  - zur Bereitstellung **monopolisierter** ökonomischer Güter und Dienstleistungen,
  - zur Gewährung **hoheitlicher Aufgaben**.
- Allerdings müsste auch die Linke die **Definition** dieser Bereiche und die **Formulierung** des Sortiments klarer fassen.

# FAZIT

- Öffentliches Unternehmen ist aber nicht alles und **nicht das Wichtigste**.
- Eine andere öffentliche Logik, **Regulation** und Reproduktion ist wichtiger.
- Wenn es gelingen sollte, eine andere Logik, Regulation und Reproduktion durchzusetzen, stellt sich die Frage, welche **Rolle** dann das Eigentum spielt.
- Innerhalb eines öffentlichen Unternehmens stellt sich die Frage, ob
  - **Gewinnorientierung**,
  - **Kostendeckung** oder
  - **Defizite** angestrebt wird.



# FAZIT

- Innerhalb eines öffentlichen Unternehmens stellt sich also die Frage, welcher Rang
  - **ökonomischen**,
  - **sozialen** oder
  - **ökologischen** Dimensionen zugewiesen werden soll.
- Es gilt zu klären, welche Beziehung (**marktförmig oder politisch?**) ein öffentliches Unternehmen
  - zu **anderen öffentlichen** Unternehmen,
  - zu **privaten** Unternehmen der **gleichen** Branche,
  - zu **privaten** Unternehmen **anderer** Branchen haben soll.
- Es gilt zu klären, wie das **konfliktorische Stakeholder-Feld** gestaltet werden soll.